

Der „Vorwärts“ erscheint wochent-
lich zweimal, Sonntags und Montags
einmal, die Abendausgaben für Berlin
und im Handel mit dem Titel „Der
Abend“, Illustrierte Beilagen „Ball
und Spiel“ und „Kinderfreund“, Ferner
„Unterhaltung und Wissen“, „Frauen-
stimme“, „Leserbriefe“, „Blitz in die
Bühnenwelt“ und „Jugend-Vorwärts“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Die in Paris am 24. Juli 1928
erschienenen Hefen der „Republi-
caine“ (Kleinanzeigen) des Ver-
lags „L'Espresso“ sind in zwei
ausgegebenen Hefen, jedes weitere Hefen
12 Hefen, in den Hefen des ersten
Hefen 10 Hefen, jedes weitere Hefen
10 Hefen, Hefen über 15 Hefen
zahlen für zwei Hefen. Arbeitsmarkt
Seite 60 Hefen, Familienanzeigen für
Männern Seite 40 Hefen, Anzeigen-
annahme im Hauptgeschäft Linden-
straße 3, wochentags von 9/2 bis 17 Uhr.

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhofs 292-297 Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postfachkonto: Berlin 37 536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten
und Beamten Wallstr. 65. Diskonto-Gesellschaft, Depostenkasse Lindenstr. 3

Neue litauisch-polnische Spannung.

Blutiger Grenzwischenfall. — Gegenseitige Beschuldigungen.

Warschau, 24. Juli.

Wie dem Pilsnablat „Glos Prawdy“ aus Wilna gemeldet wird, wurde gestern früh eine bei Neutroki die polnisch-litauische Grenze abschneidende Grenzwahe aus dem Hinterhalt von litauischen Schützen, sogenannten Schavals, beschossen. Ein polnischer Soldat wurde getötet, ein zweiter schwer verletzt. Es soll dies innerhalb einer Woche schon der zweite Fall einer Beschichtung polnischer Grenzposten durch Litauer sein.

In einer weiteren Meldung aus Wilna wird behauptet, daß die Litauer an der polnischen Grenze reguläre Truppen und Schützen in Massen konzentrierten. Auch käme es im litauischen Grenzstreifen zu ständigen Raubüberfällen, so daß in der Grenzbevölkerung vor allem in der polnischen, Panik herrsche.

Litauische Warnungsnote an den Völkerbund.

Die litauische Regierung hat dem Generalsekretär beim Völkerbund eine Note folgenden Inhalts übersandt:

Vor einiger Zeit erschien in der Presse eine Meldung über polnische militärische Manöver im Wilna-Gebiet an der Demarkationslinie im August als Antwort auf vor kurzem beendete litauische Manöver in Barenai. Was die litauischen

Manöver anbetrifft, so waren überhaupt keine vorgesehen. Freilich finden in Barenai jeden Sommer Schießübungen der litauischen Artillerie statt. Die litauische Regierung benachrichtigte aber stets hieron die polnische Regierung, um allen möglichen Meinungsverschiedenheiten vorzubeugen. Die polnische Artillerie hält auch Schießübungen zwischen Schwenciany und Babradai an der Demarkationslinie ab. Diese Schießübungen riefen aber niemals Zwischenfälle seitens der einen oder anderen Partei hervor. Anders verhält es sich mit der Frage von Armeemanövern in der Nähe der Demarkationslinie. Das Zusammenziehen polnischen Militärs in größerer Zahl würde für Litauen eine solche Gefahr hervorrufen, daß die litauische Regierung sich gezwungen sehen würde,

sicherheitshalber die litauischen militärischen Punkte zu verstärken.

Unter solchen Umständen können Zwischenfälle stattfinden, die den Frieden in Gefahr bringen würden.

Indem ich Sie von diesen Tatsachen in Kenntnis setze, beehre ich mich, Euer Exzellenz zu bitten diese Tatsachen nachprüfen zu wollen und im positiven Falle die in der Resolution des Völkerbundes vom 10. Dezember 1927 vorgezeichneten Organe zur Vermeidung drohender Grenzwischenfälle in Tätigkeit treten zu lassen.

Immer wieder das Rheinland!

Eine dringende Aufgabe staatsmännischer Kunst.

Von Rudolf Dreißheid.

Wir, die wir die Befreiung der besetzten Gebiete fordern, haben einen neuen französischen Verbündeten erhalten. Es sind nicht unsere sozialistischen Freunde allein, die unseren Standpunkt drüben vertreten, es hat sich ihnen jetzt der bekannte Publizist Gustave Hervé angeschlossen, der in seinem Blatte „La Victoire“ eine lebhaftige Kampagne für die bedingungslose, sofortige und vollständige Räumung des Rheinlands führt. Er weist darauf hin, daß die entmilitarisierte Zone auf dem rechten Rheinufer auch nach der Räumung vorhanden sein werde, und daß damit das Rheinland im Falle eines Krieges Frankreich ausgeliefert sei. Keine deutsche Regierung werde sich unter diesen Umständen bereit finden, in absehbarer Zeit mit Frankreich oder seinem polnischen Alliierten in den Krieg einzutreten. Es sei also gar kein Risiko dabei, bis 1935 den Rest des besetzten Rheinlandes ohne Gegenleistung im voraus zu räumen und damit eine erste Geste der Entspannung zugunsten des neuen republikanisch-demokratischen Deutschlands auszuführen.

Rum ist an sich Gustav Hervé zweifellos kein Verbündeter, mit dem sich besonderer Staat machen läßt. Er war einmal ein Sozialist der äußersten Linken, der den berühmten gewordenen Ausspruch tat, daß die französische Fahne auf den Wiskhaufen gehöre. Er wandte sich dann plötzlich nach rechts, wurde einer der wildesten Nationalisten und gehörte im Krieg zu denen, die Tag für Tag die Vernichtung Deutschlands predigten. Mit einigem Erstaunen hören wir jetzt von seiner Bekehrung zu einer Politik der Verständigung.

Man muß anerkennen, daß Hervé in jedem Augenblick den Mut seiner jeweiligen Überzeugung gehabt hat; einen Mut, der vor den äußersten Konsequenzen nicht zurückschreckt. Was ihm gegenüber bedenklich stimmt, ist der häufige und brüste Wechsel dieser Überzeugungen, der ihn von einem Extrem ins andere fallen ließ. Aber das ändert nichts daran, daß die Argumente, die er für die Rheinlandräumung ins Feld führt, richtig und unanfechtbar sind. Die militärische Sicherheit Frankreichs ist nicht bedroht, wenn die alliierten Truppen aus den preussischen, bayerischen und bayerischen Gebieten zurückgezogen werden und wenn das Saargebiet wieder unter die deutsche Verwaltung fällt. Es bleibt nicht nur die fünfzig Kilometer breite entmilitarisierte Zone östlich des Rheins, es bleibt das Völkerbundsstatut, es bleibt der Westpakt von Locarno, und zu ihnen kommt jetzt noch der Kellogg-Vertrag mit seiner Verzichtung des Angriffskrieges. Geändert wird auch nichts an der Tatsache der Entwaffnung Deutschlands und vor allem nichts an dem ehrlichen Friedenswillen der großen Mehrheit des deutschen Volkes, der im Gegenteil durch die Aufrechterhaltung der Befehung nur auf eine härtere Probe gestellt werden kann.

Aber Hervé ist nicht Frankreich, und die Sozialisten sind es leider auch nicht. Einstweilen sieht es so aus, als komme man in der Behandlung der Frage, die in der letzten deutschen Regierungserklärung so nachdrücklich als dringlich bezeichnet worden ist, nicht weiter. Von Paris aus werden immer wieder die alten Gründe gegen eine Erfüllung des deutschen Begehrens ins Treffen geführt. Es sind nicht nur die militärischen Einwände, die die „Victoire“ so wirksam widerlegt hat, es kreuzen sich mit ihnen andere, und darunter namentlich der Hinweis auf den Pfandcharakter der Rheinlande, die man besetzt halten müsse, um die deutschen Zahlungen aus dem Dawes-Plan sicherzustellen. Daß auch dieses Argument hinfällig ist, liegt auf der Hand. Deutschland zahlt nicht und wird nicht zahlen, weil fremde Truppen in seinen Grenzgebieten stehen, sondern weil es sich verpflichtet hat, die ganze Welt gegen sich zu haben.

Auch das Bemühen, Rheinlandräumung, Reparationszahlungen und interalliierte Schulden miteinander zu verknüpfen und diese drei Probleme sozusagen auf einem Papier zu lösen, ist abwegig. Man mag einen inneren Zusammenhang zwischen Reparationen und interalliierten Schulden zugeben, aber das Rheinland steht auf einem besonderen Blatt. Seine Angelegenheiten können und müssen gefordert geregelt werden. Sie lassen sich jedenfalls heute nicht mehr unter sicherheitspolitischen oder finanzpolitischen Gesichtswinkeln betrachten. Sie sind rein politischer Natur, das heißt, es muß an sie herangegangen werden von der Basis des Friedenswillens aus und mit der Erkenntnis, daß die Fortdauer der Befehung weder mit dem Geist der seit 1925 geschlossenen Abkommen im Einklang steht, noch geeignet ist, die Welt der Bewirklichung der diesen Verträgen zugrunde liegenden Idee näherzuführen.

Was Frankreich schließlich nur noch für sich geltend machen kann, ist der Wortlaut des Vertrages von Versailles. Das formale Recht ist in der Tat auf seiner Seite, und wir gestehen offen, daß wir auch in dem vielberufenen Artikel 431 kein wirksames juristisches Instrument sehen, mit dessen Hilfe eine frühere Räumung durchzuführen wäre. Jedoch

Heim ins Reich!

Gewaltige Anschlußkundgebung in Graz.

Graz, 24. Juli. (Eigenbericht.)

In der steierischen Hauptstadt wurde heute unter Teilnahme des Reichstagspräsidenten Paul Löbe eine Ortsgruppe des österreichisch-deutschen Volksbundes gegründet, an dessen Spitze Löbe steht. Am Nachmittag, nach Arbeitschluss, versammelten sich auf dem Freiheitsplatz 30 000 Menschen, die mit Begeisterung die Reden des Bürgermeisters Genossen Ruschitzsch und Löbes aufnahmen. In der Entschlieung dieser Riesensammlung wird nachdrücklich die Forderung nach Vereinigung Österreichs mit der deutschen Republik auf Grund des unverlierbaren Selbstbestimmungsrechtes erhoben und den Staatsmännern Europas zugerufen: Respektiert den unerschütterlichen Willen des Volkes, dessen Erfüllung Frieden, Freiheit und Fortschritt bedeutet.

Am morgigen Mittwoch ist Genosse Löbe im Burgenland, in dessen Hauptort Sauerbrunn eine große Anschlußkundgebung veranstaltet wird.

Scharfer Vorstoß Macdonalds.

Die Regierung hat das Volk über das Arbeitslosenproblem getäuscht.

London, 24. Juli. (Eigenbericht.)

Am Dienstag begründete Macdonald im Unterhaus eine Interpellation über das Arbeitslosenproblem und gleichzeitig den von seiner Fraktion eingebrachten Mißtrauensantrag gegen die Regierung. Macdonald warf mehreren Ministern des Kabinetts Baldwin vor, das englische Volk direkt belogen zu haben. Erst vor wenigen Tagen habe Churchill erklärt, daß die Arbeitslosigkeit zu keinen ernstlichen Bedenken Anlaß gebe. Die Ziffern der Arbeitslosenstatistik bewiesen aber, daß das Arbeitslosenproblem zu einer allgemeinen Beunruhigung im Volke führen müsse. Es sei ganz allgemein festzustellen, daß sämtliche Arbeitsmärkte von Arbeitslosen überlastet seien. Der Hinweis auf die günstige Lage in der Kunstseiden-, Knopf- und der Automobilindustrie könne das vorhandene Elend nicht aus der Welt schaffen.

Englische Annäherung an Nanking?

Tschiangkai-schek soll die Bekämpfung des Bolschewismus zugesagt haben.

Paris, 24. Juli.

Die Agentur Indopacifique meldet aus Tokio. Wie verlautet, soll es dem englischen Gesandten in Peking gelungen sein, eine Verständigung mit Tschiangkai-schek dahin herbeizuführen, daß die kommunistische Propaganda im Yangtse-Tal unterbunden und die englandfeindliche Bewegung eingestellt wird. Als Gegenleistung wird die Regierung von Nanking die finanzielle und diplomatische Unterstützung Englands erhalten.

Amerika zieht Truppen aus China zurück.

Washington, 24. Juli.

Brigadegeneral Butler und Admiral Bristol, der Chef des amerikanischen Kreuzergeschwaders in den östlichen Ge-

wässern, haben dem Staatsdepartement und dem Marineamt empfohlen, angesichts der jetzigen gefährlichen Lage in China die dort liegenden amerikanischen Marinesoldaten bis auf 1500 Mann zurückzuziehen. Diese Vorschläge werden zurzeit vom Staatsdepartement und dem Marineamt erwogen. Nach dem Plan des Generals Butler sollen nur noch einige Flieger, eine Abteilung Artillerie, ein Signaltrupp und ein paar Maschinengewehr-Abteilungen in China verbleiben.

Die Krise in Jugoslawien.

Neuer Lösungsversuch auf der alten Basis.

Belgrad, 24. Juli.

Der König hat den Führer der slowenischen Volkspartei, Korosefsch, mit der Bildung der Regierung betraut. Wie verlautet, will Korosefsch eine sich auf die alte Koalition stützende Regierung bilden, in der die hervorragendsten Persönlichkeiten der Koalitionsparteien teilnehmen würden. Die demokratische Bauernkoalition dürfte sich zu dem Beschluß Korosefschs ablehnend verhalten.

Der Putsch in Portugal.

Blutige Bilanz.

Lisabon, 24. Juli. (Eigenbericht.)

Die in den letzten Tagen zu verzeichnende Rebellion verhältnismäßig großer portugiesischer Truppenteile beschränkte sich nicht auf die portugiesische Hauptstadt. Auch in der Provinz ist es zu größeren und kleineren Aufständen gekommen, die teilweise erst nach schwerem Blutvergießen niedergeschlagen werden konnten. In Lissabon allein beträgt die Zahl der Toten zehn. Außerdem werden mehr als 50 Verwundete gemeldet. Einer der Hauptführer des Aufstandes entkam im Flugzeug nach Spanien.

Seltzame Folge des Obregon-Mordes.

Front gegen die Arbeiterminister.

Mexiko, 24. Juli.

Die Vereinigung der revolutionären (?) Parteien beschloß, an Calles die Forderung zu stellen, daß alle Mitglieder der Arbeiterpartei aus den Regierungsstellen entfernt werden.

Schweres Explosionsunglück.

Ein jugoslawisches Munitionslager in die Luft geflogen.

Wien, 24. Juli.

Wie die „Stunde“ aus Belgrad meldet, hat sich in Cattaro eine schwere Explosionskatastrophe ereignet. Ein staatliches Munitionslager ist in die Luft geflogen, wodurch eine noch nicht feststellbare Anzahl von Soldaten getötet worden ist. Da die Explosionen noch andauern, konnten Tote und Verwundete noch nicht geborgen werden. Gerüchte wollen wissen, daß es sich um ein Attentat handelt.

mit der Bezugnahme auf das formale Recht läßt sich keine Weltgeschichte machen. Der Jurist mag den Wortlaut der Akten zitieren, der Politiker aber, der mehr als Jurist sein soll, muß jederzeit bereit sein, den Wert alter Dokumente einer Nachprüfung zu unterziehen, und er darf nicht immer in der Sorge leben, daß die auf Grund gegenseitigen Einverständnisses erfolgte Herausnahme eines einzelnen Steines das ganze Gebäude des Völkerrechts und der internationalen Verpflichtungen zum Einsturz bringen könnte.

Die moralisch-politische Position der unangiebigen Kreise in Frankreich ist nicht gut. Sie erkennen das wohl auch selbst, und so waren sie immer darauf aus, Einzelercheinungen des öffentlichen Lebens in Deutschland als Beweise für die Notwendigkeit der Aufrechterhaltung ihres Standpunktes heranzuziehen. Bald waren es auch nach unserer Ansicht höchst überflüssige und unangebrachte Reden, bald war es die von niemandem mehr als von uns beklagte Zusammenziehung der Regierung des Bürgerblocks, bald waren es unsere Beziehungen zu Rußland, oder das deutsche Mißvergnügen über die Grenzziehung im Osten. Jetzt wird es vielleicht wieder das Wiener Sängerefest sein, bei dem Hunderttausende das Deutschlandlied gesungen haben und bei dem Lohse eine Anschließrede gehalten hat, deren Inhalt aus dem Gedanken des Selbstbestimmungsrechts der Völker und deren Temperatur aus der Feststimmung zu erklären war. Gesänge und Reden sind noch keine politischen Handlungen. Jeder weiß, daß wir noch recht weit von dem staatlichen Zusammenfluß des Deutschen Reichs und Deutschösterreichs entfernt sind, und daß es sich dabei nicht nur um eine Sache des Willens der beiden Völker, sondern um ein gesamt-europäisches Problem handelt. Es ist töricht, wenn aus einer solchen Demonstration Schlüsse auf das Wiedererstarken des Alldeutschentums oder des deutschen Imperialismus gezogen werden — Lohse als Imperialist ist eine fast belastigende Vorstellung —, doppelt töricht aber wäre es, die Wiener Vorgänge nun auch den übrigen für das Weltgeschehen verhältnismäßig gleichgültigen Tatsachen anzureihen, mit denen die Intransigenten in Paris ihre schwache Stellung in der Rheinlandfrage zu befestigen versuchen.

Die Räumung ist zu einer akuten Aufgabe staatsmännischer Kunst geworden, und wenn der Weg zu einem wirklichen Frieden nicht verbaut und verschüttet werden soll, muß diese Aufgabe bald eine Lösung finden.

Gäbelträger.

Die Hugenberg-Presse gegen die Reichswehr.

Die geplanten Herbstmanöver von Heer und Marine an der ostpreussischen Küste sind abgefragt worden. Angesichts der Finanzlage des Reiches und der Notwendigkeit zu sparen, hat das Reichswehrministerium sich zum Abblöden entschlossen. Dieser Entschluß ist zu begrüßen. Er bedeutet eine Einordnung der Reichswehr in die Staatsnotwendigkeiten. Bisher hat die Reichswehr sich immer außerordentlich gehandelt. Sie war es gewohnt, zu fordern ohne auf einen Widerstand zu stoßen, so daß man manchmal den Eindruck hatte, daß bei der Aufstellung des Reichswehrets mandantenverantwortlichen Verantwortlichen der Begriff dafür verloren gegangen war, daß eine Milliarde Mark sehr viel Geld ist. Wenn man jetzt in der Reichswehr zu rechnen anfängt, die finanzielle schwierige Lage des Reiches berücksichtigt und ernsthafte Anläufe zum Sparen macht, so ist das immerhin ein erfreuliches Zeichen.

Die wachsende Einsicht der Reichswehrleitung entspricht allerdings nicht wachsender Einsicht der Kreise, die sich bisher als die einzig wahren Freunde der Reichswehr betrachtet haben. Die Presse des Herrn Hugenberg äußert sehr deutlich ihre Mißbilligung gegenüber der Reichswehrleitung. Sie läßt aber zugleich sehr deutlich erkennen, was die Quelle dieses Mißbehagens über das Abblöden der ostpreussischen Manöver ist. Der „Berliner Lokal-Anzeiger“ hätte es lieber gesehen, wenn an Stelle der gemeinsamen Heeres- und Flottenübungen die Herbstmanöver einer Inlanddivision ausgefallen wären. Warum? Weil er gehofft hatte, daß die Manöver im Grenzgebiet als eine politische Demonstration nach außen gewirkt hätten. Er hätte gewünscht, daß man ein kleines Kriegsspiel veranstaltet hätte, um gegenüber Polen mit dem Säbel zu rasseln.

Aus solchen Gedankengängen heraus beklagt er sich, daß es scheine, als ob die Leitung der Reichswehr durch die Absage der ostpreussischen Manöver der Welt wieder einmal einen Beweis der deutschen pazifistischen Gesinnung geben wolle. Wenn das ein Hauptpunkt der Hugenberg-Presse gegenüber der Leitung der Reichswehr ist, so spricht daraus der Wunsch, daß die deutsche Reichswehr ihre Aufgabe darin erblicken müsse, mit dem Säbel zu rasseln. Der säbelträgende Chauvinismus in der Armee eines bis an die Zähne gerüsteten Landes ist gefährlich, im Heere eines Landes aber, das vollständig abgerüstet hat, ist er nur lächerlich. Der „Berliner Lokal-Anzeiger“ hätte also gemeint, daß die Reichswehr sich lächerlich mache. Nun ja, mit der besonderen Freundschaft der Leute um Hugenberg für die Reichswehr der Republik hat es immer seine besondere Bewandnis gehabt!

Bayerns Verwaltungsreform.

Die Ministerien werden abgeschafft, aber die Minister bleiben!

München, 24. Juli. (Eigenbericht.)

Die Landtagsfraktion des Bayerischen Bauernbundes hat am Dienstagabend nach mehrstündiger Beratung den Beschluß gefaßt, dem Vorschlag der Bayerischen Volkspartei auf Einrichtung eines politischen Staatssekretariats in dem neu zu schaffenden „Ministerium für Landwirtschaft und Arbeit“ keinen weiteren Widerstand entgegenzusetzen. Die Voraussetzung für dieses Einverständnis erblickt der Bauernbund allerdings darin, daß die Tätigkeit des der Bayerischen Volkspartei entnommenen Staatssekretärs Oswald, der bisher Sozialminister gewesen ist, sich ausschließlich auf die „Abteilung Arbeit“ im neuen Ministerium beschränkt. Die Stellvertretung des Ministers in allen übrigen Abteilungen des Ministeriums, also vor allem in allen landwirtschaftlichen Fragen, soll Minister Fehr nach eigenem Gutdünken regeln.

Es ist nunmehr wohl mit Sicherheit zu rechnen, daß die Bürgerblockkoalition held auf Kosten der Arbeiterkammer zustande kommt.

Rationalistischer Pfarrerhaß am Grabe.

Zwischenfall in Oberschlesien.

Kattowitz, 24. Juli.

Bei der Beerdigung einer Frau in Boguschkau gab der amtierende Pfarrer seiner Mißbilligung über eine Kranzspende Ausdruck, indem er erklärte, daß es unerhört sei, daß derartige Kranzspenden jetzt noch deutsche Aufschreiter tragen. Fast wäre es zu Tätlichkeiten gegen den Pfarrer gekommen.

Lambach ausgeschlossen.

Durch einstimmigen Beschluß des deutschnationalen Ehrengerichts.

Vom Landesverband Potsdam II der Deutschnationalen Volkspartei wird folgende Entscheidung in Sachen Lambach mitgeteilt: „Das Parteimitglied Herr Walter Lambach, M. d. R., hat unter bewusster Ausschaltung der zuständigen Parteinstanzen Vorkläge gegen die programmatischen Grundsätze der Deutschnationalen Volkspartei und Auseinandersetzungen mit einem Fraktionskollegen in verlebender Form durch die Presse in die Öffentlichkeit gebracht. Er hat sich dadurch im Sinne des Paragraphen 17 der Parteisatzung schwerster Verletzung der Parteizucht und schwerster Schädigung des Ansehens der Partei schuldig gemacht. Er wird deshalb durch einstimmigen Beschluß des Landesvorstandes aus der Partei ausgeschlossen. Gegen diesen Beschluß steht dem Ausschlußbeschlüssen innerhalb vier Wochen die Berufung an das Parteigericht zu.“

Schlussfolgerungen zum Fall Lambach.

Im „Jungdeutschen“ nimmt ein alter Frontoffizier zum Fall Lambach Stellung. Er hat sich zu der Erkenntnis durchgerungen, „daß es hier nicht um kulturelle oder politische Fragen geht, sondern um die rein ökonomische Frage des Kampfes zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer“. Der Fall Lambach illustriert als neues Beispiel die Tatsache, daß der Trutzherr Hugenberg der wahre Beherrscher der Partei ist und daß die nationalen Volksteile für eine selbstständige Trutspolitik mißbraucht werden. Der Frontoffizier führt dann weiter aus:

Wir wissen, daß die Frage „Monarchie oder Republik“ in diesem großen Kampf eine Nebenfrage ist. Wir spüren das ökonomische

dieser Angelegenheit. „Der Endkampf ist der zwischen Besitz und Nichtbesitz.“ Das hat Prof. Ludwig Bernhard in seinem Buch über den Hugenberg-Kongress als „Ideal“ Hugenbergs gekennzeichnet. Selbst als früherer deutschnationaler Wähler muß ich mir eine Profanierung der Ideale verbitten, die mich an die Deutschnationalen Partei gebunden haben. Kalt und nüchtern glaubt der Trutsdiktator der Partei heute sein nacktes Gesicht zeigen zu dürfen. Die Aufäufe deutschnationaler Reinigungsarbeiten scheinen ihm zu Kapfen gestiegen zu sein, es ist höchste Zeit, daß seinem Geld- und Machtgier die Wucht der nationalen Bewegung entgegengesetzt wird.

Er möge hören, daß der Offizier preussisch-deutscher Erziehung kein Knecht und kein Soldner seiner Kongressintrigen sein will.

Nach der Kündigung der Fraktionsgemeinschaft durch Hugenberg, so schließen die Betrachtungen, müsse der eine oder andere gehen, und es sei an Hugenberg, die Konsequenzen daraus zu ziehen.

Der Frontoffizier wird vergeblich auf einen derartigen Schritt warten. Hugenberg ist in der Partei, in die er hineingehört. Wenn es sich um den Kampf zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer handelt, hat sich die Deutschnationalen Partei noch immer auf die Seite der Arbeitgeber gestellt. Die idealen Forderungen des deutschnationalen Parteiprogramms dienen lediglich einer Verschleierung dieses Tatbestandes. Die nationalen Kreise wenden sich infolgedessen gegen eine Leiterschaft an Stelle des Ganzen, wenn sie nur den Fall Hugenberg-Lambach unter dem Gesichtswinkel des Kampfes zwischen Besitz und Nichtbesitz sehen.

Spionage und Todesurteile.

Bier Todesurteile. — Spionageprozeß in Lettland.

Riga, 24. Juli.

Das Kriegsgericht in Rostitten, Lettland, hat nach viertägiger Verhandlung vier von den 28 wegen Spionage zugunsten der Sowjetregierung Angeklagten zum Tode verurteilt, vier weitere zu lebenslänglichem Kerker und neun zu Gefängnisstrafen von fünf bis fünfzehn Jahren.

Am 2. Oktober v. J. erschien auf der Eisenbahnstation Silupe ein Mann in der Uniform der Grenztruppen der BPL und bat, man möge ihn in die Operationsabteilung der Grenztruppe geleiten. Hier erklärte er, daß er Nikitin heiße und in der zweiten Abteilung der Geheimagentur der BPL, als Stenotypist gearbeitet, seinen Posten aber wegen der außerordentlich schwierigen Arbeitsbedingungen verlassen habe (nicht selten stündliche Arbeitszeit, unpünktliche Auszahlung der ungenügenden Entlohnung, schlechte Behandlung durch die Vorgesetzten usw.). Nikitin überreichte neben einigen geheimen Dokumenten auch zwei Registerauszüge mit Namen, eins mit 28, ein anderes mit 89. Es waren Namen von Lettländern, die angeblich zugunsten Sowjetrußlands Spionagetrieben.

Auf Grund dieser Namenslisten stellte die politische Polizei fest, daß tatsächlich 28 Personen sich in Sowjetdiensten befinden. Vom 19. bis zum 23. fand in Rostitten vor dem Militärgericht der Prozeß gegen die 28 Angeklagten statt.

Nikitin schilderte unter anderem in großer Ausführlichkeit, in welcher Weise die Sowjetgeheimagentur die Leute einfängt. Sobald ihrer Ansicht nach der eine oder andere für Spionagearbeit in Betracht kommen könnte, werden für den Betreffenden „Personalakten“ angelegt. Darauf wird er von den Geheimagenten solange bearbeitet, bis er sich bereit erklärt, gegen Lohn irgendwelche unbedeutenden Dienste zu leisten. Er wird veranlaßt, einen Fragebogen auszufüllen und eine persönliche Verpflichtung zu unterschreiben, daß er alles, was ihm zur Kenntnis kommen würde, der Geheimagentur mitteilen würde, sofern dies für sie von Interesse

sein könnte. Erst jetzt werden für ihn „Dienstakten“ angelegt. Das Gericht mußte deshalb mit gewisser Vorsicht vorgehen, um festzustellen, ob die in der Liste Benannten tatsächlich Spionagedienste geleistet haben oder nur zum Anwerben bestimmt waren. Nikitin war aber in der Lage, in bezug auf einige Angeklagte präzise Angaben zu machen. So wußte er zum Beispiel, daß in einem Falle ein Mobilisationsplan überreicht worden war und daß in einem anderen Falle von einer großen Anzahl Aktenstücke Abschriften gemacht werden konnten. Unter den Angeklagten befand sich unter anderem auch ein Mitarbeiter der politischen Polizei von Düna, der gleichzeitig der Sowjetgeheimagentur angehörte. Eine Reihe Angeklagter war geständig, den Fragebogen ausgefüllt und die Verpflichtung unterschrieben zu haben.

Das Gericht hat vier Angeklagte zum Tode verurteilt. Unter der großen Zahl von Spionageprozeßen ist das einer der wenigen Fälle, in denen das Kriegsgericht die Todesstrafe angewandt hat und dem schlechten Beispiel der Sowjetgerichte gefolgt ist.

Moskaus Antwort: Todesanträge in Leningrad.

Konno, 24. Juli.

Wie aus Moskau gemeldet wird, hat das Urteil im großen Rostittener Prozeß gegen die russische Spionage in Lettland in Moskau Kreisen Empörung ausgelöst. Der Kriegs- und Revolutionsrat hat in diesem Zusammenhang den Militärattaché der Rigauer Sowjetgesandtschaft, Subatow, seines Postens entlassen.

In dem zu gleicher Zeit in Rußland angestrebten Prozeß gegen die lettischen Spione zugunsten Englands in Leningrad hat der Staatsanwalt gegen zwei Angeklagte die Todesstrafe beantragt. Man ist der Ansicht, daß es zu einem Austauschverfahren zwischen den beiden Ländern kommen werde. Der Vertreter der lettischen Gesandtschaft hat als Sachverständiger an diesem Prozeß teilgenommen.

Nachwächter des Manchesterismus.

Der Hansabund in Nöten.

Man muß es dem Hansabund lassen, daß er es mit seinem Kampf um die freie Wirtschaft und dem wirtschaftlichen Individualismus ernst meint. Er ist von diesen seinen Idealen so begeistert, daß er die Wirklichkeit nicht mehr erkennt. Schade für den Hansabund, denn man nimmt ihn deshalb in Deutschland auch nicht mehr ernst.

Aber der Hansabund hat es auch bei seinen nächsten Freunden reichlich schwer. Das „Berliner Tageblatt“ zitiert aus einer Rede des Hansabundpräsidenten Dr. Hermann Fischer, dem prominenten Hansabundvertreter im Reichstag, folgende Worte: „Stärker denn je müssen wir gegenwärtig für Privateigentum und Individualismus eintreten. Gerade im Hinblick auf die jetzt gegebenen parlamentarischen Kräftegruppierungen fühlen wir uns verpflichtet, mit allem Nachdruck darauf zu verweisen, daß es zwischen der gegenwärtigen Wirtschaftsordnung einerseits und dem Sozialismus andererseits, mag er uns nun in der Form des Staatskapitalismus oder des Staatssozialismus entgegenstehen, Kompromisse nicht geben darf.“

Aber das „Berliner Tageblatt“, das gegenwärtig unter der schwierigen Aufgabe ein bischen leidet, den wegen des Eindringens der „öffentlichen Hand“ in den Getreidehandel wild gewordenen Händlern Freundlichkeiten zu sagen, hält den kämpferischen Worten des Hansabundpräsidenten über die Unmöglichkeit von Kompromissen für die freie Wirtschaft Taten eines Präsidialmitgliedes des Hansabundes entgegen. Generaldirektor Scheuer, der das Aktienpaket des Getreidehandels- und Mühlenkonzerns an die Preussische und die Rentendankkreditanstalt verkauft hat, sei ja Herr Fischer kein Fremder und sei in jener Sitzung, wo der Hansabundpräsident seine Rede gegen jeden Kompromiß gehalten habe, als Präsidialmitglied des Hansabundes erst noch beschäftigt worden. Allerdings sei das Präsidium des Hansabundes heute geschlossen, die Verbindung mit Herrn Scheuer zu lösen.

Wir sind nicht der Meinung, daß das Präsidium des Hansabundes richtig handelt, wenn es sein Präsidialmitglied Herrn Scheuer heute abballert. Herr Scheuer hat absichtlos kompromisslos gehandelt, als er das Aktienpaket als freier Unternehmer und als

wirtschaftlicher Individualist, so wie es der Hansabund vorschreibt, zu dem höchstmöglichen Ruhen, den er erzielen konnte, verkaufte. Herr Scheuer hat also nur gehalten, was sein Kollege, Herr Fischer, von ihm selbst verlangt hat. Und er kann wirklich nichts dafür, daß die Prinzipien des Hansabundpräsidenten weder zur Wirklichkeit noch zu den Wünschen eines ausruhen deutschen Unternehmers passen!

Aber der Hansabund bekommt auch noch vom demokratischen Pressedienst eine keineswegs freundliche Belehrung. Herr Dr. Fischer hatte sich natürlich in erster Linie gegen die Sozialdemokratie gewandt, als er von der Unerschrockenheit gegenüber dem Staatskapitalismus und dem Staatssozialismus sprach. Der Aktienkauf, durch Rentendankkreditanstalt und Preussische Preussische Sozialdemokratie als eine außerordentlich nüchterne Angelegenheit, zu der sie dann stehen wird, wenn den Verbraucher Massen und den Bauern in gleicher Weise durch die Aktion gedient und der Gesamtwirtschaft ein wirklicher Dienst geleistet wird. Aber die Sozialdemokratie hat die Aktion gar nicht durchgeführt. Der Präsident des Hansabundes muß sich vom demokratischen Pressedienst sagen lassen, daß die Initiative vom Ankauf des Scheuerkonzerns von der Rentendankkreditanstalt ausgegangen ist, also von den Großgrundbesitzern, die Herr Fischer doch gewiß nicht als Sozialisten bezeichnen will.

Herr Dr. Fischer vom Hansabund hat es wirklich nicht leicht mit seinen Freunden. Aber wir fürchten, das liegt nicht an den Freunden, sondern an ihm. Ein halbes Jahrhundert zu spät die Fahne des wirtschaftlichen Individualismus aufzupflanzen, ist eben eine Sache, die sich am Fahnenträger rächen muß.

Poincarés Jubiläum.

Zweijährige Kabinettdauer wird gefeiert

Paris, 24. Juli.

Das am 23. Juli 1926 im Zeichen der nationalen Union gebildete Kabinett Poincaré konnte am Montag auf ein zweijähriges Bestehen zurückblicken. Aus diesem Anlaß hat Ministerpräsident Poincaré die Mitglieder des Kabinetts zu einer Frier eingeladen, die am 1. September im Anschluß an den Ministerrat auf dem Landtag des Ministerpräsidenten in Compiègne stattfinden wird.

Bekennnisse eines Kommunisten.

Heinrich Brandler über die sächsischen Vorgänge von 1923

Der bekannte Kommunist Heinrich Brandler hat kürzlich in seinem und in Thalheimers Namen „aus der Moskauer Verbannung“ an den ihm befreundeten Geschäftsführer des Konsumvereins in Limbach in Sachsen einen Brief gerichtet, der niemals in den Besitz dieses Kommunisten gelangt ist. Ein Zufall will es, daß dieses außerordentlich interessante Schreiben nun wenigstens das Licht der Welt erblickt.

Brandler war in dem sächsischen Kabinett Zeigner Leiter der Staatskanzlei, und als solcher mit den damals und heute maßgebenden Personen seiner Partei in enger Fühlung gestanden. Seine Freunde von gestern sind seine Feinde von heute. Geradezu schonungslos geht er mit ihnen in seinem Brief ins Gericht. Von Stöcker sagt er, daß es „vielleicht ein Fehler war, ihn wegen seiner sehr bedeutenden Geschichten im Ruhrgebiet nicht vor aller Parteipublizität durdgeprügelt zu haben“. Thälmanns Rolle in der Zentrale der KPD charakterisiert er dahin, daß die Leitung der kommunistischen Partei dadurch noch arbeitsunfähiger gemacht worden wäre. Zusammenfassend stellt er über die gegenwärtige Führung der kommunistischen Partei fest:

„Es ist das Verhängnis seit dem Tode Kops und Leo Logisches, daß wir überragende politisch führende Köpfe nicht haben. Ich habe mich nie dazu gezählt, obgleich ich glaube, daß ich nicht dümmel bin, als irgendeiner der jetzt führenden Genossen.“

Brandler äußerte sich nach dieser geradezu niederschmetternden Charakteristik über die sächsischen Verhältnisse zurzeit des Einmarsches der Reichswehr nach Sachsen. Dazu sagt er:

„Beim Einmarsch der Truppen in Sachsen am 23. Oktober 1923 wäre der Beginn des Bürgerkrieges keine revolutionäre Tat, sondern ein Verbrechen gewesen. Meine Schuld besteht darin, daß ich das zu spät, erst 14 Tage nach meiner Rückkehr aus Moskau, erkannte, mein großes Verdienst aber, das ich mir von niemand streiten lasse, hingegen darin, daß ich in der letzten Minute auf der Chemnitzer Konferenz noch die Weisung erkannte und die Losung gegen den Aufstand gab. Ich bilde mir ein, daß ich die Probleme des Aufstandes in Deutschland wie wenige andere durchdacht habe. 1918/19, im Kapp-Putsch und 1921 habe ich sie durchlebt. Mir ist keine Phrasen, sondern in Fleisch und Blut übergegangen, daß der Aufstand eine Kunst ist, daß man mit dem Aufstand nicht spielen darf und daß man, hat man begonnen, zu Ende gehen muß. Ich beurteile die Lage so: Wenn wir zum Aufstand aus Ungehörigkeit der Befehlsführung übergingen, in Sachsen der Kampf nicht mit einem Anfangsieg über die Kräfte des Gegners begonnen hätte, der den Todessturm und die Begeisterung der übrigen deutschen Proletarier hätte anfeueren können, und so das ganze Land in den Aufstand gebracht hätte, sondern wir wären wie 1919 beim Einmarsch in München, wenn auch nicht in zwei Tagen, so in einer Woche dori, wo wir relativ am stärksten waren, niedergeschlagen worden und das übrige Reich hätte ohnmächtig zusehen müssen. Ich werde mein Verbot nicht die Lage vom April 1919 vergessen, wo wir in Chemnitz Truppentransporte nach Bayern nicht verhindern konnten. Der Hamburger Aufstand ist eine volle Bestätigung meiner Auffassung. Noch nicht 200 aktive Kämpfer in einer Stadt mit einer halben Million Arbeiter kämpfen heldenhaft gegen eine vierhundertfache Uebermacht und die Proletarier sehen zu und freuen sich über die tapferen Kommunisten. In Sachsen und Thüringen standen wir anderen Kräften gegenüber. Außer den vier- bis fünftausend aktiven Revolutionären hätte niemand mitgekämpft. Wir wären in 14 Tagen niedergeschlagen gewesen. Es gibt Situationen, wo man auch das in Kauf nehmen muß. Sie bestand jedoch keineswegs 1923. Ich würde in einer ähnlichen oder gleichen Lage genau so handeln usw.“

Was aber sagen die Kommunisten heute noch? Sie beschuldigen die Sozialdemokratie wegen der damaligen Vorgänge in Sachsen nach wie vor des Verrats, weil sie es nach Brandler verhindert hat, daß in einer Woche Tausende von Arbeitern ohnmächtig niedergeschlagen wurden.

Die Verfassungsfeier in Preußen.

Folgen des Urteils des Staatsgerichtshofes.

Die preussische Regierung hatte kürzlich angeordnet, daß die diesjährigen Verfassungsfeierlichkeiten ähnlich wie im Vorjahre gestaltet werden sollen. Dieser Erlaß wird — wie der „Soz. Pressedienst“ erzählt — am Mittwoch durch eine neue Verfügung des preussischen Innenministers insofern eine Aenderung erfahren, als die Reichslage inzwischen durch die Entscheidung des Staatsgerichtshofes über die preussische Rotoverordnung eine andere geworden ist.

In dem vorjährigen und in diesem Jahre inhaltlich wiederholten Erlaß vom 11. August wurde auf Grund der Rotoverordnung der preussischen Regierung angeordnet, daß auch die Gebäude der kommunalen Selbstverwaltungen an Verfassungsfeierlichkeiten in den Reichsfarben zu besetzen sind. Die damalige Rechtslage besteht nach dem Beschluß des Staatsgerichtshofes nicht mehr, so daß die kommunalen Verbände am Verfassungsstag auch zu einem Flagen nicht mehr angehalten werden können. Abgesehen davon ist das dem Reichstag vorliegende Gesetz über den Nationalfeiertag noch unerledigt. Der preussische Minister des Innern weiß deshalb die kommunalen Aufsichtsbehörden in dem neuen Erlaß an, vorläufig von Zwangsmitteln gegenüber den Kommunen abzusehen. Die Aufsichtsbehörden werden gleichzeitig aufgefordert, die Namen der Städte, die am 11. August nicht in den Reichsfarben flagen, zu melden.

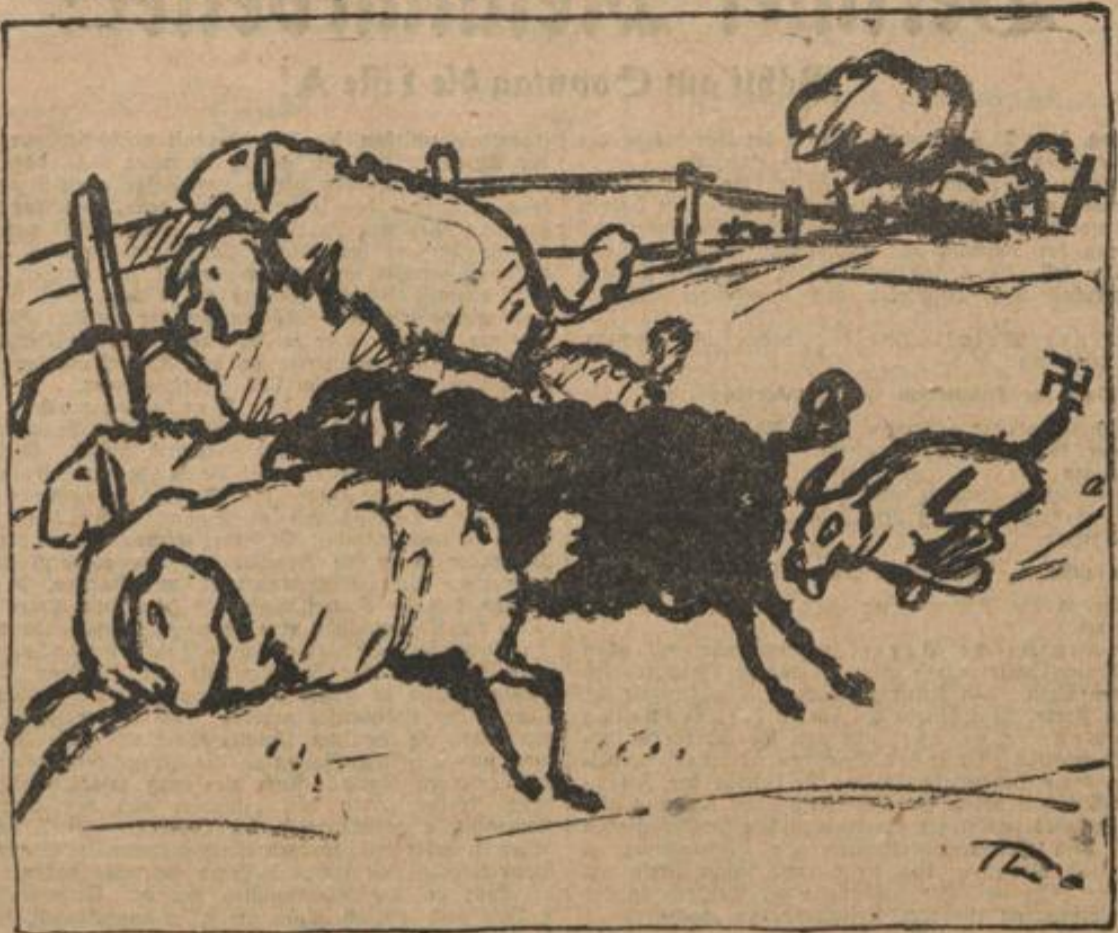
Ausländische Ministerbesuche.

Tschitschewin und Loucheur kommen nach Frankfurt a. M.

Frankfurt a. M., 24. Juli. (Eigenbericht.) Der russische Außenminister Tschitschewin wird in den nächsten Tagen die hiesige Klinik des Professors von Noorden aufsuchen, um von einer Juckerkrankheit Heilung zu suchen. Anfang August beabsichtigt der französische Arbeits- und Volkswohlfahrtsminister Loucheur den Frankfurter Sieidungen einen Besuch abzustatten.

Auf Verlegung der lettlandischen Regierung ist ein kriegsgerichtliches Verfahren gegen den kommunistischen Abgeordneten Grimpel und dessen Mitarbeiter Karppe eingeleitet worden. Wie werden der Beteiligung an einer Geheimorganisation und staatsfeindlicher Verschwörung angeklagt. Grimpel ist es gelungen, nach Rußland zu entfliehen, während Karppe sich in Haft befindet.

Lambach und die Alldeutschen.



Das schwarze Schaf will der alldeutsche Bauwau aussondern — und bringt die ganze Hammelherde zum Ausbrechen!

Der böse Nachbar im Lesebuch.

Propaganda für den Stahlhelm durch die Schule.

Nach dem viel zitierten Artikel 148 der Reichsverfassung soll in den deutschen Schulen im Geiste des deutschen Volkstums und der Völkerverständigung unterrichtet werden. Wir wissen, wie weit wir von diesem Ziele noch entfernt sind. In den Lesebüchern kommt nur allzu oft der Geist des deutschen Volkstums in blässlichen, hohlen, nationalistischen Phrasen zu verzerrter Geltung, und der Völkerverständigung ist überhaupt kein Gedacht, kein Lesebuch gewidmet.

Am bedenklichsten sind jene Lesebücher, die sich nicht bloß in nationaler Ueberheblichkeit gefallen und so dem Kinde die Fähigkeit zur Kritik und späterer politischer Erkenntnis rauben, sondern auch noch bestrebt sind, andere Völker herabzusetzen, ja oft zu beschimpfen. Besonders in Gedichten pflegt sich diese Art von taktlosem Nationalismus auszutoben. Wie sollen die künftigen Wähler später Verständnis für eine Politik des außenpolitischen Ausgleichs finden, wenn sie schon in der Bibel lernen, Franzosen und Polen zu verachten oder doch deren Unglück mit Freude aufzunehmen?

Die Wirkung auf die polnische Presse ist bisher auch nicht ausgeblieben, denn sie nimmt sich verständlicherweise jedes Einzelalles an, den sie entbehrt, und kommt dann immer wieder mit der Behauptung der Doppeltungigkeit der deutschen Tugenden und der preussischen Minderheitspolitik, deren Bemühungen, die Schulwünsche der polnischen Minderheit in Preußen zu befriedigen, eben nicht ernst genommen werden. Es besteht also neben dem pädagogischen ein hervorragendes politisches Interesse an der Befreiung aller derartigen Ueberbleibsel der wilhelminischen Zeit in den Lesebüchern der Republik.

Einige Beispiele: In den deutschen Schulen der Grenzmark, die auch von polnischen Kindern besucht werden, wird ein „Deutsches Lesebuch für die Grenzmark, Posen und Westpreußen für das 5. und 6. Schuljahr“ verwendet, das auf Seite 57 das Gedicht „Fall von Stauf“ von Felix Dahn enthält. Da heißt es:

„Der Teufel ist's, du Wolfesohn,
Der Teufel kommt euch holen,
Ihr polenverfluchten Polen.“

Das liest das Kind an der Grenze, das muß unter Umständen das polnische Kind in der Schule auswendig lernen!

Der Geschichte des kleinen Städtchens Unruhstadt ist eine Rede von Otto Dohrbrind mit folgenden Zeilen gewidmet:

„Erst unter dem Fittich des schwarzen Adlers
sandeist du Ruh nach Unruh und Sicherheit wieder.
Immer neu erstandest du, durch Feuer geläutert,
immer warst du Grenzstadt im Osten
gegen die slawische Flut.
Nicht erst jüngst noch
Blut in deinen Straßen und Gassen
um deine Freiheit,
als der Pole mit gieriger Hand nach dir griff.“

Und dann wundert man sich, wenn an den Grenzen ein Geschlecht heranwächst, das durch seine nationale Unzufriedenheit auffallend von dem Durchschnitt im Innern des Landes absteht!

Das Lesebuch, um das es sich hier handelt, ist im Verlag von Ferdinand Hirt in Breslau erschienen. Es wäre an der Zeit, daß sich die Unterrichtsverwaltung der Sache annimmt. Wer hat die Erlaubnis zur Einführung eines solchen, dem Geiste der Reichsverfassung widersprechenden Lesebuches in den Schulen der Grenzmark gegeben?

Doch nicht nur durch schlechte Lesebücher werden die Kinder vergiftet, sondern auch durch sonstige Druckschriften, die im Unterricht herangezogen werden. So hat das „Amtliche Schulblatt für den Regierungsbezirk Allenstein“ folgende Aufforderung veröffentlicht:

„Unsere Heimat.“

Die vom Ostdeutschen Heimatdienst herausgegebene Wochenchrift „Unsere Heimat“ ist wegen ihres heimat-, volks- und kulturkundlichen Inhalts zur Belebung des Unterrichts in der Heimatkunde trefflich geeignet, außerdem wertvoll als Mitteilungsblatt für die amtliche Jugendpflege im Regierungsbezirk Allenstein.

Wir empfehlen allen Schulen des Bezirks den Bezug der Zeitschrift. Bestellungen nehmen alle Postanstalten entgegen. Der

Bezugspreis beträgt gegenwärtig monatlich 35 Pf., ab 1. Juli dieses Jahres 50 Pf.

11/2 Allenstein, den 12. April 1927.

Regierung, Abt. f. R. u. Sch. (Kirchen- und Schulwesen).

Auch Landräte des Regierungsbezirks Allenstein haben in den Kreisblättern zu Anfang dieses Jahres auf diese Zeitschrift aufmerksam gemacht. Der Landrat in Neidenburg übernahm kurzerhand den Text der Aufforderung, die von der Regierung in Allenstein am 12. April 1927 erlassen worden war, während der zuständigen Landrat im Kreisblatt noch weiter ging und sogar Privatpersonen zum Bezug der Zeitschrift aufforderte.

Die Annahme, daß die Regierung in Allenstein hinter dieser Propaganda steht, hat dann der Verlag der Zeitschrift bestätigt, indem er folgenden Aufruf erteilte:

„Wie wir bereits mitteilten, hat die Schulabteilung der Regierung Allenstein in den Schulen des Regierungsbezirks den Bezug „Unsere Heimat“ wegen des heimatkundlichen und auch sonst für den Unterricht wertvollen Inhalts der Zeitschrift mehrmals dringend empfohlen. Wir bitten die Herren Lehrer, die Bestellung „Unsere Heimat“ durch die Schule auch dann freundlichst zu veranlassen, wenn die Herren Lehrer die Zeitschrift irgendwie persönlich beziehen. Um unserer Aufgabe im Grenzgebiet gerecht werden zu können, benötigen wir weitgehende Unterstützung, die am besten durch die Vermehrung der Bezüge erfolgt.“

Was ist das nun für eine Zeitschrift, um deren Verbreitung sich amtliche Stellen derart bemühen, welche glänzendes pädagogisches Material mit sich entfalten, wenn sie so warm den Schulen wie staatspolitisch wertvoll, wenn sie vom Landrat amtlich sogar Privatleuten zum Bezug empfohlen wird? Ein Beispiel für ihren Wert:

„Unter Beteiligung von 8000 Stahlhelmlieuten aus dem rheinisch-westfälischen Industriegebiet fand am Sonntag in Bodum eine große Kundgebung des Stahlhelms statt, die ihre besondere Bedeutung erhielt durch die Anwesenheit des Bundesführers Seidte und des Korvettenkapitäns Ehrhardt. Kapitanleutnant Ehrhardt sprach in einer Rede für den Zusammenbruch aller nationalen Bestrebungen aus. Der Bund, den er mit Seidte beschloßen habe, werde halten, und dafür setzten Seidte und er ihre ganze Person ein. Der deutsche Gedanke wache und werde sich immer mehr vertiefen. Bundesführer Seidte unterstrich in seiner Rede den Gemeinschaftsgeist, der die Frontkämpfer im Felde befehle habe. Das Verheißene dem nationalen Gedankens zum Siege über den Internationalismus. Abgesehen von einigen kleineren kommunistischen Störungen kam es zu keinerlei ernstlichen Zwischenfällen.“

Wer mag es, jetzt nach den pädagogischen und staatspolitischen Wert dieser Zeitschrift zu bezweifeln? Der Stahlhelm könnte sich keine bessere amtliche Propaganda vorstellen.

Es bleibt nur eine Frage: Was sagt der preussische Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung zu diesen Dingen?

Märchenerzähler als Politiker.

„Sozialdemokrat“ Schöber.

In einem kleinen Oederhof, kaum eine Schnellzugstunde von Berlin, referierte in einer kommunistischen Versammlung der dortige Unterbezirksleiter der Kommunisten. Es gab natürlich das übliche Geschimpfe auf Partei und Generalschaften; erwähnenswert ist es nur deshalb, weil der Redner den Brand des Wiener Justizpalastes besprach. Er erzählte den erstaunten Bauern in schöner Unbefangenheit, daß Herr Schöber, der reaktionäre Wiener Polizeichef, früherer Rechtsblockantler und Schuldiger an der Niedermetzelung der 85 Arbeiter — ein Sozialdemokrat sei!

Bei den Agitationsreden der KPD darf man sich kaum noch wundern, daß sie es aber fertigbringen, ausgerechnet Herrn Schöber, den Chef der „besten Polizei“ einen Sozialdemokraten zu nennen, das zeugt von einer unüberrücklichen — sagen wir — Gewandtheit. Wie lange wird es noch dauern, bis die Kommunisten den Deutschnationalen Westrup oder gar den Nationalsozialisten Goebbels zum Sozialdemokraten gestempelt haben? Schaffen werden sie's, daran ist kein Zweifel.



Der Fensterputzer ist mein Vater

Flächen, wie Fensterbänke, Glasfassaden, Bahnhofshallen aus Glas u. a., gab es ja noch nicht in dem Maße, daß sie speziell den Männern überlassen werden mußten.

Ein eingewandertes Französi war es, der 1878 arbeitslos unter den Linden spazieren ging und dabei beobachtete, daß hier eine Lücke im Erwerbleben auszufüllen sei. Er bot sich den Geschäftsleuten und Hausfrauen zum Reinigen der Fenster im „Abonnement“ an. Die Idee schlug so gut ein, daß Herr Moussy als erster Fensterputzer bereits im ersten Jahre 50 Gehilfen beschäftigte. Sein Agent Staehr, der ihm die Aufträge besorgte, hatte mit noch mehr Scharfsinn erkannt, daß der Markt jede Konkurrenz vertrieb, er machte sich ein Jahr später selbständig. Sein geschäftlicher Erfolg war so groß, daß er in Wien, Warschau, Kopenhagen, Stockholm, London, New York und anderen Weltstädten Zweiggeschäfte begründete, die ebenfalls sofort zu florieren begannen. Es währte nicht lange, so spezialisierte sich bereits das Gewerbe.

Es gibt Spezialisten für das Fensterreinigen, für Fassaden, für das Fußbodenabwischen und für das Bohren.

Die Hauswäscherei, die Fassadenreinigung kam in Frankfurt am Main auf, sie fand ihre Ergänzung durch Sandstrahl-Gebläse-Apparate, die Sandstrahlmaschinen „auf neu“ herrichten. Ein anderer Nebenweig, die Straßen- und Trottoirreinigung, fand eine rasche Ausbreitung, doch nahmen die Kommunen in den späteren Jahren diese Praxis in eigene Regie.

Reinlichkeit ist Trumps!

Mit der Entwicklung der Chemie und der Technik hat auch das Bedürfnis nach „Reinlichkeit“ — wie sie sich in dem Wort „Hygiene“ ausdrückt — zugenommen, denn das Gewerbe findet heute auf allen Gebieten ausdauernde Beschäftigung. Nicht nur die Krankenhäuser brauchen zur Instandhaltung und Säuberung ihrer Anstalten den berufsmäßigen Reiniger, auch die großen Hotels, die Fabriken mit Fenstern und Oberlicht sind feste Kunden. Bei dieser Arbeit, die oft nur mit komplizierten Maschinen, Leitern und Spezialhandwerkzeugen zu bewältigen ist, wächst auch das Gefahrenmoment für den Beruf, der in einer besonders hohen Gefahrenklasse, der fünfzehnten, bei der Berufsgenossenschaft zählt. Neben Gewandtheit, Umsicht und Ueberlegung erfordert der Beruf von den Ausübenden auch spezielle Kenntnisse von Säuren und Nuzmitteln, um Gasniedererschläge, Fette und sonstigen Schmutz von den Reinigungsflächen zu entfernen. In Amerika hat sich z. B. das Gewerbe unter anderem in Fensterputzer geschieden, die nur unten arbeiten, und die Reiniger, die hohe Balkenträger besteigen.

Die Arbeitenden müssen also vollständig schwindelfrei sein.

Man kann schon hieraus den Schluß ableiten, daß es durchaus nicht angebracht ist, wenn man dem Gewerbe vierzehnis- bis achtzehnjährige Menschen als Lehrlinge überliefert, wie es bereits in Sachsen und Bayern geschieht, denn darum allein dreht es sich bei der Frage um die Anerkennung als Handwerk. Dazu ist das Gewerbe zu gefährlich. Ebenso muß man es ablehnen, eine Tätigkeit als Handwerk zu bezeichnen, das, wenn es florieren will, ausgesprochener Großbetrieb ist. Es hat die Arbeit spezialisiert, so daß Fensterputzer, Partett- und Fußbodenreiniger und Fassadenarbeiter ihre jahrelange, eigene Übung haben.

Eine mahlorganisierte, Gehilfenschaft, die dem Deutschen Verkehrsband angeschloffen ist, verhält sich gegen Zustände, wie sie noch jetzt bei der Lehrlingsausbildung und im Innungswesen vorliegen, mit Recht durchaus ablehnend.

Wieder ein Straßenbahnunglück.

Zwanzig Fahrgäste verletzt. — Versagen der Strombremse?

Im Osten Berlins ereignete sich gestern abend ein schwerer Zusammenstoß zwischen zwei Straßenbahnwagen. Zwanzig Fahrgäste erlitten zum Teil recht erhebliche Verletzungen.

Der Zusammenstoß trat kurz nach 19 Uhr mitten auf der Kreuzung Petersburger Straße und Frankfurter Allee zu. Ein Straßenbahnzug der Linie 68 hatte bereits die Mitte der Straßenbahnkreuzung passiert, als es plötzlich einen ohrenbetäubenden Knack gab. Ein Wagen der Linie 9 war in scharfem Tempo auf den Anhänger der Linie 68 aufgeföhren. Der Zusammenstoß war so heftig, daß der Wagen umstürzte und sich quer über die Schienen legte. Ueber die erschreckten Fahrgäste, die im Innern des Anhängers wild durcheinandergeworfen wurden, ergoß sich in Hölge von Holz- und Glasplittern. Die unverletzt gebliebenen suchten den Ausweg zu gewinnen. Anzwischen traf die alarmierte Feuerwehr und das Städtische Rettungssamt mit mehreren Fahrzeugen an der Unfallstelle ein. Die Verunglückten wurden von Polizei- und Feuerwehrbeamten aus dem Innern des umgestürzten Wagens geborgen. Zwanzig Personen wurden zur nahe- liegenden Rettungsstelle in der Prostauer Straße gebracht. Siebzehn von ihnen konnten nach Anlegung von Verbanden wieder entlassen werden; zwei weitere Verunglückte dagegen, die schwere Kopfverletzungen und Knochenbrüche erlitten hatten, Frau Ida Heinze, Veteranenstraße 26, und Frau Martha Rodemski, Strausberger Straße 28, mußten in das Krankenhaus am Friedrichshain gebracht werden.

Die Aufräumarbeiten an der Unglücksstelle nahmen die Feuerwehr fast eine Stunde in Anspruch. Es dauerte längere Zeit, bis der aus den Schienen gemorante Anhänger wieder eingeeleift werden konnte. Der Straßenbahnverkehr war eine Stunde in beiden Richtungen gestört und wurde zum Teil durch Umleitungen aufrechterhalten.

Die Ursache des Zusammenstoßes konnte noch nicht einwandfrei geklärt werden, soll aber auf ein Versagen der Strombremse zurückzuführen sein.

Wertheim weitet sich.

Wer bleibt Sieger am Potsdamer Platz?

Die Berliner Warenhausfirma Wertheim hat im Laufe der letzten Jahre ihren Grundbesitz stark vermehrt. Die zu diesem Zweck gegründete Wertheim-Grundstücks-Gesellschaft m. b. H. hat beträchtliche Ankäufe, besonders in der Nähe des Leipziger Platz gelegenen Wertheimischen Warenhauses, gemacht. In dem benachbarten Häuserblock zwischen Friedrich-Ebert-Straße, Bellevuestraße und Lennestraße hat sie nach und nach neun Grundstücke oder fünf's noch ein paar mehr?) für schweres Geld erworben.

In die Quere kamen ihr die Bemühungen der Warenhausfirma Galeries Lafayette, sich dicht am Potsdamer Platz in der Bellevuestraße anzusiedeln. Das Tauschgeschäft zwischen Teilen des Eckhauses Bellevuestr. 1, das bereits für die Galeries Lafayette angekauft war, und Teilen des Nebengrundstückes Bellevuestr. 2, das der Stadt Berlin gehört, wurde viel umstritten, kam aber zustande. Die Stadt erhielt bei dem Tausch noch 900 000 M in bar dazu und sicherte sich künftiges Straßensand für die notwendige Erweiterung des Potsdamer Platzes an der Ecke Bellevue- und Friedrich-Ebert-Straße und für die über kurz oder lang auszuföhrende Erweiterung des Untergrundbahnnetzes an diesem wichtigen Verkehrsknotenpunkt. Daß das Geschäft auch für die Galeries Lafayette vorteilhaft war, versteht sich von selbst, sonst wäre wohl nichts aus dem Tausch geworden. Wenn nun noch das angrenzende Grundstück Bellevuestr. 3, das „Künstlerhaus“, für die Galeries Lafayette erworben werden konnte, dann war sie im Besitz eines ansehnlichen Geländes an günstiger Ecke.

Wertheim hat jetzt einen Strich durch diese Rechnung gemacht. Die Wertheim-Grundstücksgesellschaft hat in einem scharfen Wettrennen das „Künstlerhaus“ an sich gebracht und die Galeries Lafayette geschlagen. 3 100 000 Mark zahlt Wertheim, das ist mehr als das Doppelte des von Galeries Lafayette anfangs gebotenen Preises von 1 500 000 Mark, der schließlich auf 2 500 000 M. erhöht worden war, aber von Wertheim noch überboten wurde. Hiermit ist dem künftigen

Alles kommt und geht auf diesem sich ewig drehenden Planeten. Auch die Gewerbe unterliegen diesem Gesetz. Von den ältesten Gewerben, den Schmieden und Webern, ist nur das erste noch vorhanden, die Handweber sind fast ganz verschwunden. Nagelschmiede, Lohgerber und viele andere Spezialberufe sind aus den Begriffen unserer Zeit bereits vollständig ausgelöscht. Dafür kamen neue, die heute in großer Blüte stehen.

30 Jahre Reinigungsgewerbe.

Das Reinigungsgewerbe zählt zu ihnen, das in diesen Tagen den 30. Jahrestag seines Bestehens feiert. Es hat wie die meisten Gewerbe die Eigentümlichkeit, daß es aus der Hauswirtschaft erwächst, ebenso wie Schmiede, Bäcker, Schuster, Schlächter, Schneider u. a. im Anfang hauswirtschaftliche Beschäftigungen waren. Man kann es nun verstehen, daß die Vertreter des Reinigungsgewerbes seit langen danach trachten, als Beruf wie jeder andere angesprochen zu werden, daß ihnen das ominöse Wort „Fensterputzer“ unangenehm ist, seit sie ihr Reinigungsgeschäft als Kunst betreiben. Aber die anderen Handwerke wehren sich entschieden gegen die Aufnahme in die Familie, ihnen ist der junge Bruder nicht genug. Auf dem Fest der Innungen des Reinigungsgewerbes im Herrenhaus aber war der junge Handwerkerstolz mit Fahnen und Zylinder vertreten.

Leider freilich, wie bei fast jeder Ständesfeier der Berufe, sah man auch hier nicht die „Gezellen“, die Vertreter der Arbeitnehmers.

Waren sie nicht eingeladen? Folgen wir den interessanten Ausführungen des Obermeisters Dollinger-Homburg über die Entstehung und Entwicklung des Reinigungsgewerbes, so zeigt es sich, daß der neue Beruf heute in die mannigfachen Tätigkeiten eingereiht. Vor sechzig Jahren wurden die Reinigungsarbeiten meist nur von den Hausfrauen und ihren Hausangestellten besorgt. Große schwierige Reinigungs-

Die Nacht nach dem Verrat.

Roman von Liam O'Flaherty.

(Aus dem Englischen überseht von R. Hauser.)

Drei Sekunden lang entsand ein tödliches Schweigen. Dann ließ ein vernichtlicher Schauer durch den Raum. Mit Entsetzen erinnerte sich jeder, daß ein Spiegel Francis Joseph McPhillip verraten habe. Ein Spiegel!

Ein Gedanke, der in seiner Schrecklichkeit nur von einem irischen Herzen ganz verstanden werden kann. Einen fürchtbaren Moment lang verdächtigte jeder und jede unter den Anwesenden sich selbst. Dann sah jedermann nach seinem Nachbar hin. Langsam trat Mut an die Stelle der Angst. Aber sie hatte keine Richtung. Selbst die Kühnsten hielten den Atem an, wenn ihnen in den Kopf kam, daß möglicherweise der große finstere Riese... Unmöglich!

„Da ist keiner, der dich verdächtigt, Gypo. Deshalb brauchst du keine Angst zu haben.“ Tommy Connor, der große Dockarbeiter mit dem roten Gesicht und den riesigen Backenknochen eines Bullen, der mit Bartly Mulholland gestüstert hatte, schrie das. Er hatte lebhaft mit einem merkwürdigen Ton des Vergers in der Stimme gesprochen.

„Niemand verdächtigt dich, guter Gott, Mann!“... Es erhob sich ein Chor von Zustimmung. Jeder bestrebt sich, den Worten Tommys beizupflichten. Jemand legte seine Hand auf Gypos Schulter und fing an zu sagen: „Natürlich, das weiß jeder, daß...“

Aber Gypo stieß den Mann finster mit dem Ellbogen beiseite und schritt eilig durch den Raum auf Frau McPhillip zu. Er schob die Leute fort, ohne sie anzusehen. Er stand vor Frau McPhillip. Ein paar Augenblicke starrte er sie regungslos an. Dann griff er sich langsam an den Kopf und nahm seinen Hut ab. Er fühlte, wie ein starker Zwang ihn zur Bewegung trieb. Alle diese Handlungen hatten sich vollzogen, bevor er sich ihrer bewußt wurde. Vergeblich strengte sein Hirn sich an, den Handlungen nachzudenken, sie zu widerrufen und Warnungen zu flüstern. Aber er hatte nicht die Kraft dazu.

Der Trieb, der jetzt von ihm Besitz ergriffen hatte, kam aus dem gleichen Ursprung her wie der, der ihn übermannte, als er in das Schaufenster blickend an seine Jugend dachte. Er war außer sich selbst geraten. Seine Lippen bebten.

Die Kehle war ihm zugeschnürt. Er schnappte mit einem deutlichen Geräusch, das an einen Schmerzensschrei erinnerte, nach Atem. Er streckte seine linke Hand nach Frau McPhillip aus und öffnete sie langsam. Die blanken vier Silbermünzen lagen darin. Er stammelte: „Nehmt sie, Sie waren gut zu mir und ich bin traurig über Ihr Unglück.“

Er spürte das tolle Verlangen, die Rolle Banknoten herauszuholen und sie ihr gleichfalls zu geben, aber der blasse Gedanke an eine so verrückte Tat machte ihn zittern. Statt dessen ließ er die vier Münzen in Frau McPhillips Schoß fallen.

Frau McPhillip sah auf das Geld und brach dann in lautes Schluchzen aus. Dies Geräusch machte Gypo wahn-sinnig. Er drehte sich um und lief nach der Tür. Er stieß mit dem Fuß an die Schwelle und taumelte in den Vorraum. Er rannte durch den Gang, fluchend und mild um sich schlagend nach jedem, der ihm in den Weg kam. Er stand draußen vor der Tür und atmete tief.

Zwei Männer eilten ihm nach. Es waren Bartly Mulholland und Tommy Connor, der Dockarbeiter.

5. 26

„Gypo.“ Gypo hatte drei Schritte die Straße hinunter gemacht, als sein Name durch die Dunkelheit zu ihm drang, gerufen in jenem langgezogenen Flüsterton, der die gewöhnliche Art unter den Revolutionären ist. Er zog seinen Rücken ein, plötzlich, wie ein Esel, den man geschlagen hat. Dann machte er halt. Weder wandte er sich um noch antwortete er. Er wartete. Mit klopfendem Herzen lauschte er auf die lang-samen Schritte, die sich ihm von hinten näherten, Eins, zwei, drei, vier... sie verstummten. Gypo sah nach seiner linken Seite: Bartly Mulholland stand neben ihm.

Die zwei standen vor einem Fenster, durch das Lampenlicht quer über Gypos Brust auf Mulhollands Gesicht fiel. Mulhollands Züge leuchten im Lampenlicht beinahe schwarz aus. Es war fentrecht von den Schläfen bis zum Kinn von tiefen, schwarzen Furchen durchzogen. Der Mund war groß; zu einem beständigen Grinsen geöffnet, aber ganz ohne Heiterkeit; jenem ständigen Grinsen von bitterer Verachtung, das man beinahe immer auf den Gesichtern der Menschen findet, die sich einen Beruf daraus machen, ihre Gedanken zu verbergen. Die Nase war lang und schmal, die Ohren groß. Die Stirn war wagrecht gefurcht. Im Gegenlag zu der dunklen Hautfarbe der Backen war die Stirn weiß. Die Furchen darauf waren flach und sag wie dünne Linien, die

man mit einem spitzen Bleistift zieht. Tatsächlich machte dieses Gesicht den Eindruck, als wäre es in der Garderobe eines Schauspielers mit Schminken künstlich hergestellt worden. Das Aussehen des Haares verstärkte diese Vorstellung, es fiel in losen Strähnen unter dem schaufelförmigen Schirm der grauen Mütze herab. Das Haar gleich einer schmutzigen, braunen, durch langen Gebrauch abgenutzten Perücke.

Aber weder das Haar noch irgendein Teil des Gesichtes war künstlich. Alles war von der Hand der Natur geschaffen, die aus irgendeiner seltsamen Laune diesen Menschen für die Rolle eines Verschwörers bestimmt zu haben schien. Das Gesicht war das eines Clowns und verberg die Augen des Verschwörers, es sei denn, daß man sie sehr nahe ansah. Die Augen hatten die Farbe von Seewasser, das schmutzig ist von grauem Sand. Man beschreibe diese Augen zumeielen als „wasserblau“; aber diese Beschreibung ist ganz falsch. In ihnen lag eine unbeschreibliche Kälte und ein Abgrund, die durch keine Farbe beschrieben werden können. Sie starrten, ohne die Pupillen oder die Wimpern zu bewegen, in Gypos Gesicht und drückten kein Empfinden aus. Sie waren nicht die Lore der Seele wie gewöhnliche Augen, sondern Spionenspäher. Sie starrten glasig wie Kugenaugen.

Diese merkwürdige Kreatur war gekleidet wie ein Arbeiter. Er trug schwere Nagelstiefel, braune Kordhosen, unterhalb der Knie mit Stricken um die Beine geschnürt, ein schwarzes Taschentuch war nach Seemannsart um seinen Hals geschlungen, und eine alte graufarierte Jacke hing ihm halbwegs bis ans Knie. Seine Hände waren tief in den Rocktaschen vergraben.

„Wohin so eilig, Gypo?“ Seine Stimme war leise und müde, als wäre er halb betrunken oder läge auf dem Rücken in der Sonne an einem heißen Tag.

„Wer hat's eilig?“ grüllte Gypo. „Woher willst du wissen, daß ich's eilig habe?“

„Oh, malte nichts gesagt haben. Pump' dich nicht auf, Gypo. Erzähl' das anderen Leuten. Wir kriegen dich ja jetzt gar nicht mehr zu sehen, seit du aus der Organisation heraus bist. Hast du Arbeit?“

„Nein“, schnappte Gypo ärgertlich. Der kurze Ausruf, der von seinen dicken Lippen kam, klang wie ein einzelner Schuß, der bei stiller Luft aus weiter Entfernung kommt. „Ich hab' keine Arbeit, und ihr Brüder alle, die ihr euch Genossen schimpft, nehmt euch ja verdammt in acht, daß ihr mir nicht in den Weg kommt, weil ihr Angst habt, ich könnte euch um's Geld für'n Essen oder für'n Bett anpumpen. Schöne Kommunisten seid ihr.“ (Fortsetzung folgt.)

Warenhaus Galeries Lafayette die Möglichkeit genommen, sich in die Bellevuestraße hinein auszudehnen. Das „Künstlerhaus“ soll nach für zwei Jahre seinem bisherigen Eigentümer, dem Verein Berliner Künstler, zur Verfügung überlassen werden. Dann aber tritt Bertheim in seine Rechte, und die Künstler werden sich für den großzügigen Kaufpreis an anderer Stelle Berlins ein neues und prächtigeres Heim schaffen.

Für die Galeries Lafayette wird man wohl auf beengtem Gelände ein Haus errichten, das nachgebrungen in die Höhe machen muß. Der Potsdamer Platz wird dann sein erstes Hochhaus haben.

Die Ermordete von Lains.

Ist die tote eine Berlinerin?

Zur Klärung des Verbrechens' dem im Calzeter Tiergarten bei Wien eine Frau zum Opfer gefallen ist, hat die Wiener Kriminalpolizei jetzt auch die Hilfe der Berliner Stellen in Anspruch genommen. Sie geht augenblicklich den Spuren der Unbekannten, die nach Berlin weisen, nach.

Die Ermordete, die durch mehrere Schüsse getötet worden ist, war 20—30 Jahre alt und 1,60 Meter groß. Sie hat einen kastanienbraunen Hut, in der Nähe der Leiche lag aber auch ein Sodenhütechen, das sie vermutlich zur Ergänzung der Haartracht getragen hat. Besondere Kennzeichen sind kleine Hautknoten oberhalb des rechten Auges, etwas rechts vom Augenwinkel und auf der rechten Wange in der Höhe des Mundwinkels. Hände und Füße waren gut gepflegt. Im Oberkörper rechts und links und im Unterleib links trug die tote Brücken aus 22karätigem Goldblech. Ihre Kleidung bestand aus einem rotbraunen, ziemlich hochgeschlossenen Kleid aus Schafwolltrips. Es hat an Brust und Hals einen Einsatz aus schwarzem Crepe de Chine mit rotbraunem gestreiftem Muster und gleichem Besatz an den Ärmeln. Die Schweißblätter tragen das Zeichen „Rartha“ doppelseitig B. 3. O. und sind das Erzeugnis einer Firma Friedländer in Berlin. Als Unterwäsche trug sie ein lachsfarbenes Complet aus Crepe de Chine mit weißer Spitze. Die Fußbekleidung sind braune Spangenhalschuhe mit hohen Absätzen und dem Zeichen einer Triester Firma. An Schmutz hatte die tote auf dem rechten Arm ein schmales Gliederarmband aus 18karätigem Gold, das in 12 Absätzen mit vier ovalen, dunkelblauen Saphiren besetzt ist.

Der Mörder, dessen Waffe ein Revolver, Kaliber 6,35, war, hat versucht, die Leiche mit Hartspirituswürfen, Marke „Mein“, zu verbrennen. Neben der Leiche fand man auch ein Fläschchen Benzin. Mitteilungen, die zur Feststellung der Persönlichkeit dienen können, an Kriminalkommissar Johannes Müller, Inspektion A. im Polizeipräsidium.

Ein Todesopfer des Feuerkampfes.

von Halder seinen Verletzungen erlegen.

Der nächtliche Feuerkampf in der Sidingenstraße 78 in Moabit hat nun doch ein Todesopfer gefordert. Der 29jährige Monteur von Halder, der aus Wilmsdorf (U. S. L.) stammt und sich seit längerer Zeit in Deutschland aufhält, um Montagearbeiten zu verrichten, ist gestern nachmittag seinen schweren Verletzungen erlegen.

Die Verletzung des Moabiters Krankenhauses, in das von Halder übergeführt wurde, hofften, den Schwerverletzten, der von eisigen Schüssen getroffen worden war, am Leben zu erhalten. Wegen des starken Blutverlustes schien eine Bluttransfusion, zu der sich seine Verlobte, Frau Flatau, bereitwillig zur Verfügung stellte, um das Leben des Verletzten zu retten, unumgänglich. Aber auch diese Aktion blieb erfolglos. Der Blutverlust des Schwerverletzten war zu groß und außerdem hatten mehrere Kugeln die Eingeweide durchschlagen. So blieb alle ärztliche Hilfe vergebens und von Halder starb, ohne das Bewußtsein wiedererlangt zu haben.

Der Täter, der 34jährige Albert Flatau, liegt mit einem Becken- und Schulterbruch im Staatskrankenhaus in der Schornhorststraße als Polizeigefangener noch immer schwer danieder; Lebensgefahr besteht jedoch nicht.

Das Grundstück Sidingenstraße 78 war gestern nachmittag das Ziel zahlreicher Reugieriger, die sich den Schauspiel des nächtlichen Feuerkampfes ansehen wollten. Schutzpolizisten mußten schließlich eingeseht werden und die Menge, die auf mehrere hundert Personen angewachsen war, zerstreuen.

Eine verhängnisvolle Spazierfahrt.

Das Kind vorne auf dem Rade.

Als warnendes Beispiel kann die Gerichtsverhandlung dienen, die vor dem Schöffengericht Schöneberg gegen einen jungen Arbeiter stattfand, der wegen fahrlässiger Körperverletzung angeklagt war.

Der Angeklagte war auf seinem Rade von der Arbeitsstätte nach Hause gekommen. In der Hausfur empfing ihn sein 5jähriger Neffe und bat ihn, mit ihm etwas auf dem Rade spazieren zu fahren. Am letzte er das Kind vor sich auf das Rad und fuhr unterwegs eine kurze Strecke durch die Potsdamer Straße. Es war regnerisches Wetter, und der Damm war glatt. Als er einen Automobils, der gerade von der Haltestelle abgefahren war, überholte, geriet er mit dem Rade in die Straßenbahnspuren und stürzte. Das Kind fiel so unglücklich, daß der Automobilist über das linke Bein fuhr, das abgenommen werden mußte. Der Vater des Kindes machte in Erwartung einer Reue Anzeige gegen die Wago. Die Untersuchung ergab aber die völlige Unschuld des Autofahrers, hingegen wurde der unglückliche Schwager, der Angeklagte, unter Anklage gestellt. Der Staatsanwalt erbat eine fahrlässige Tötung des Angeklagten darin, daß er mit einem Kinde auf dem Fahrrad bei dem glatten Asphalt durch eine belebte Verkehrsstraße gefahren sei, und beantragte 200 Mark Geldstrafe.

Das Gericht sprach den Angeklagten aber frei, weil es hinsichtlich des fahrlässigen Verschuldens nicht so weit, wie der Staatsanwalt, gehen konnte. Es liege hier zweifellos ein unglückseliger Zufall vor.

Zwei Großfeuer.

Auf dem Verschleißbahnhof Tempelhof brach gestern Abend ein Großfeuer aus. Ein Schmelzofen von mehreren tausend Stück war vermutlich durch Funkenflug in Brand geraten. Die Feuerwehr erlosch mit vier Löschzügen und mußte sechs Schlauchleitungen in Tätigkeit setzen, um des Feuers Herr zu werden.

Noch waren die Löscharbeiten in Tempelhof nicht beendet, als ein zweites Großfeuer alarm aus Berlin-Budow kam. In dem Wirtschaftsgelände der Gärtnerei von Hennig war aus noch unbekannter Ursache Feuer ausgebrochen, das auf die angrenzenden Schuppen und Ställe übergriff.

Von Berlin wurden die Züge 23 und 27 an die Brandstelle beordert. Gleichzeitig eilten auf den starken Feuerschein, der Kilometerweit nach allen Richtungen hin erkennbar war, zahlreiche freiwillige Wehren an. Erst gegen Mitternacht war die Gewalt des Feuers gebrochen.

Ein deutschnationaler Sportplatz.

Die Gelder des Herrn von Westernhagen.

In der nächsten Umgebung von Berlin gibt es noch manches, auf das mit Deutlichkeit hingewiesen werden muß. Deutschnationaler Einfluß bedingt sich noch allzu sehr zum Schaden der Republik und zum Nachteil der Arbeiterschaft.

Zwischen dem Bahnhof Caputh und dem Bahnhof Schwielowsee liegt ein Gelände von etwa 30 Morgen Größe. Es ist Eigentum des Forstfiskus, des Wasserbauamtes Potsdam und der Döngemeinde Brandenburg. Mit diesen Stellen hat der Kreisverein in Caputh, der etwa 100 Mitglieder zählt, den Namen „Waffenkamerad“ führt und im Anstaltersbund organisiert ist, Pachtverträge zu außerordentlich günstigen Bedingungen auf die Dauer von 30 Jahren abgeschlossen mit dem Ziele, hier einen „Ehrenheim“ und einen Sportplatz zu errichten. Vater des Gedankens ist das Vorstandsmittel des „Waffenkamerad“, ein Herr Thilo von Westernhagen, der als Sohn des früheren Potsdamer Stadtkommandanten Beziehungen zu rechtsgerichteten Beamten unterhält und es durch sein gewandtes Auftreten verstand, die republikanischen Regierungen für seinen Zweck einzulangen. Durch seine geschickte Verhandlungsmethoden bei den Behörden die Meinung auf, der adlige Herr verfolge einen idealen Zweck und sein Sportplatz werde der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt werden. So erlief er sich, daß ihm

in unverantwortlichem Maße öffentliche Mittel zur Verfügung gestellt

wurden. Zunächst ließ Herr von Westernhagen auf dem Gelände in erheblichem Umfang Rüll aufschütten, das er von der Stadt Berlin bezog. Er ließ sich hierfür zunächst eine Provision geben. Gemeinde- und Jugendpflegeauschuss Caputh hatten gegenüber dem Unternehmen eine scharf ablehnende Haltung eingenommen. Deshalb erscheint das Vorgehen der Regierungsdirektion doppelt unverständlich. Unverantwortlich große Mengen Rüll sind in völlig unvorsichtiger Weise aufgeschüttet, denn es besteht die Gefahr, daß Rüll in einer bestimmten Art mit Sand abgedeckt werden muß. Die gesundheitschädliche Aufschüttung hat zahlreiche Gewerbetreibende zu Protesten veranlaßt, denn im Sommer verbreitet dieser Rüll einen widerlichen, ekelerregenden unangenehmen Gestank, der beispielsweise aus einer nahe gelegenen Gasse perlagte. Der zuständige Amtsvorsteher Weese hat Westernhagen wiederholt bestraft und ihm die vorschriftswidrige Aufschüttung ver-

boten. Der Landrat Bohne in Belgis, der Herrn von Westernhagen sehr freundlich zugeneigt ist, hat allerdings dem Amtsvorsteher wiederholt empfohlen, die Strafen zurückzulassen.

Eine Reihe von Befähigungen, die auf Veranlassung von Gemeinde- und Amtsvorsteher vorgenommen wurden, hat trotz aller Beschwerden von Gewerbetreibenden den Landrat und die Regierung in Potsdam nicht veranlaßt, die Einhaltung der Vorschriften zu erzwingen. Monatslang durfte dieser deutschnationale Rüll in vorschrifts- und gesundheitswidriger Form aufgeschüttet werden! Zwei Jahre dauerte dieser Kampf gegen die Verfüge Westernhagens schon. Die Gemeinde ist machtlos, weil ein reaktionärer Landrat ihre Bemühungen durchkreuzt. Der Landrat Bohne ist bekannt durch seine Landratsbauaffäre und durch sein unberechtigtes disziplinarisches Vorgehen gegen den sozialdemokratischen Amtsvorsteher Weese.

Es ist ganz klar, daß der Verein „Waffenkamerad“ nur vorgeschoben ist. Das Projekt ist ein Privatunternehmen des Herrn von Westernhagen. Die Regierung Potsdam hat im Hinblick auf die unhaltbare Lage und die zahlreichen Proteste hin der Gemeinde den Vorschlag unterbreitet, daß die Verträge in den Händen des „Waffenkamerad“ verbleiben, aber ein Verwaltungskuratorium gebildet wird, in dem die Gemeinde sich und Stimme hat.

Dieser Vorschlag wurde vom Gemeindevorstand Caputh einstimmig abgelehnt.

Denn wenn der „Waffenkamerad“ die Herrschaftsgewalt über das Gelände behält, geraten die Vorkonten in ein unerträgliches Abhängigkeitsverhältnis von dem deutschnationalen Caputh wäre darauf angewiesen, einen eigenen Sportplatz zu errichten. Dies ist ohne Inanspruchnahme öffentlicher Mittel nicht durchführbar, und zudem ist es nicht einzusehen, warum öffentliche Mittel für die sportliche Betätigung einer so kleinen Gemeinde von zwei Stellen in Anspruch genommen werden sollen. Den Dezenten, die für die Hergabe der Mittel und den Abschluß solcher Verträge verantwortlich sind, muß auf die Finger gelesen werden; Landtag und Preussisches Ministerium des Innern werden sich mit dieser Angelegenheit zu beschäftigen haben.

Inzwischen hat, wie wir erfahren, auch die Gemeindevertretung von Caputh den Vorschlag der Potsdamer Regierung, ein Kuratorium zu bilden, einstimmig abgelehnt.

Es wurde in das Besten der Krankenhaus gebracht, wo die Verletzung seine Heilung in die Kernanstalt Wittenau veranlaßten. Wenn Ansehen noch hat, das Kitten auf seine Frau in einem Augenblick geistiger Umnachtung verübt.

Warenhausbrand in Karlsruhe.

Rasend schnelle Ausbreitung.

In der Teppichabteilung des Warenhauses Geschwister Knopf in Karlsruhe entbrach am Samstag Abend um 10 Uhr ein Brand, der bei den großen Vorräten rasche Ausbreitung fand. Die Flammen griffen mit rasender Schnelligkeit auf die Speiswaren- und die Haushaltsabteilung über. Sämtliche Feuerwehren der Stadt beteiligten sich an den Löscharbeiten. Der Wasserschaden ist fast ebenso groß wie der Brandschaden. Die umliegenden Straßen sind in weitem Umfange abgesperrt. Der Brand dauert zurzeit noch mit unerminderter Heftigkeit an.

Todessturz eines Dachbedeckers.

Bei Dacharbeiten auf dem Grundstück Alexanderstr. 34 verunglückte gestern nachmittag der 29jährige Arbeiter Bruno Thomas tödlich. Er war auf dem Dach mit Teerarbeiten beschäftigt. Plötzlich verlor er auf dem stark abfallenden Dach den Halt und stürzte kopfüber auf den Hof hinab. Der Verunglückte hatte so schwere Verletzungen erlitten, daß er wenige Minuten später starb. Seine Leiche wurde befehlsgemäß in das Schauhaus gebracht.

Kongreß der Lebensreformer.

Anläßlich der großen Ernährungsausstellung laden die deutschen Vegetarier-Bereinigungen für den 21., 22. und 23. Juli zu ihrem diesjährigen Kongreß nach Berlin ein. Der Sonnabend war organisatorischen Beratungen gewidmet. Man sah auf dieser Tagung auch den Genossen Prof. Dr. Großfahn. Die in den Organisationen zusammengeschlossenen deutschen Vegetarier, so betonte der Verbandsvorsitzende Vogt in seiner Eröffnungsansprache, seien durchaus nicht die Eigenbrötler, als die sie von weiten Kreisen bezeichnet würden, denn die Ernährungsreformer, die sie vertreten, seien wissenschaftlich fundiert und außerdem, wie die Vitaminlehre und die Ernährungsausstellung beweisen, sehr zeitgemäß. Die Berichte über die einzelnen Zweige der Arbeit — Frauenbewegung, Ausstellungswesen, Siedlungsfragen u. a. — zeigten, mit welchem Eifer gearbeitet worden ist, und daß deshalb das Erreichte besonders hoch gewertet werden müsse, wie die Abteilung „Lebensreform“ auf der „Presse“ und der Stand der Berliner Vegetarierischen Vereinigung auf der „Ernährung“. Selbst in diesem Kreis verfuhr ein kommunistischer Lautsprecher sehr heil, wurde aber energisch abgemiesen.

Am Sonntag wurde zunächst die Ernährungsausstellung besucht, die durchaus nicht immer den Beifall der Kongreßteilnehmer fand und die sich — besonders in den für die ausstellenden Firmen vorgesehenen Hallen — manche scharfe, aber berechtigte Kritik gefallen lassen mußte. Im Anschluß daran fand eine öffentliche Tagung im Vortragsaal der Frankhalle statt. Medizinalrat Bachmann behandelte die neuen Forschungen über die Bedeutung des Eiweiß in der menschlichen Ernährung. Er wies nach, daß durch die Überfütterung unseres Körpers mit Eiweiß, bedingt durch die heute üblichen Ernährungsformen, der Nährboden für viele Krankheiten geschaffen wird, denen wir dann mit allerlei Giften zuleibe gehen, obwohl schon eine Umstellung in unserer Ernährung Wandel schaffen würde.

Der letzte Tag führte die Kongreßteilnehmer nach Eden, einer genossenschaftlich-arbeitsreformatorischen Siedlung bei Oranienburg, die etwa 35 Jahre besteht und in dieser Zeit den Beweis dafür lieferte, daß Vegetarismus und Lebensreform nicht nur in den Köpfen einiger Phantasten leben, sondern in jeder Richtung durchführbar ist.

Überdies werden die Interessen der proletarischen Lebensreformer durch den Verband Volksgesundheitsreform angenommen.

Wetterbericht der öffentlichen Wetterdienststelle Berlin und Umgebung. (März, 26.) Bedeckt, meist starker Nebel mit Regenschauern. Temperaturen wenig verändert. — Für Deutschland: Aus im Süden Bewölkungzunahme, besonders im Norden Deutschlands nebelhafte Regenwolken, wenig Temperaturänderung.

Raphael gesteht und wieder freigelassen.

Aber seine Wärter werden bestraft.

Der frühere Oberleutnant Raphael, über dessen Flucht wir berichteten, hat sich gestern vormittag bei der sogenannten „Kaiserlichen Gefangenensippe“, die politische Gefangene aus Rechtskreisen betreut, gemeldet. Auf Veranlassung dieser Organisation wurde er sich (adorn bei dem Direktor der Strafanstalt Legel. Da sich inzwischen herausgestellt hatte, daß Raphael auf Grund der Amnestieverordnung keine Strafe mehr zu verbüßen hat, weil die tatsächlich erlittene Unterhüftung auf die Zuchthaus- bzw. Gefängnisstrafe in Anrechnung gebracht werden muß, so veranlaßte der Strafanstaltsdirektor die sofortige Freilassung Raphaels. Raphael gehört also auch zu jenen, die durch die Sozialdemokratie, zusammen mit den kommunistischen Gefangenen, befreit wurden.

Die Flucht des Raphaels wird zwar nicht für diesen Ehrenmann, wohl aber für die beiden Transporteure noch ein Nachspiel haben. Wie wir erfahren, ist gegen sie ein Strafverfahren wegen Fahrlässigkeit und Gefangenengefährdung eingeleitet worden. So werden unbescholtene Familienväter durch „nationale“ Räuber unglücklich gemacht.

Messerattentat auf die Frau.

Die Tat eines Geisteskranken.

In der Guerickestraße 4 in Charlottenburg spielte sich gestern nachmittag ein aufregender Vorfall ab.

Der dort wohnende 33jährige Glöckner Bernhard Leit drang nach einem Streit mit einem Küchenmesser auf seine Ehefrau ein. Der Frau gelang es, zu flüchten, und unter lauten Hilferufen erreichte sie den Treppenhof. Hausbewohner eilten hinzu und nahmen die Bedrängte in Schutz. Inzwischen war das Ueberfallkommando alarmiert worden, das vergebens Einbruch in die Wohnung forderte. Man drang schließlich gewaltsam in die Räume ein und fand Leit an der Türschwelle des Schlafzimmers erhängt vor. Er konnte aber von der hinzugerufenen Feuerwehr ins Leben zurückgerufen werden.

Funkwinkel.

Jede Stadt veranstaltet hin und wieder irgendeinen Festakt. Diese dekorative Haltung ist sie nun einmal ihrem Renommee schuldig. Jetzt ist Straßund an die Reihe gekommen, weil Wallenstein, der Feldherr des deutschen Kaisers, die Belagerung der Stadt abbroch. Daher der Festakt. Übrigens ein merkwürdiger Festakt, wenn man bedenkt, daß Straßund eigentlich seine Zugehörigkeit zu Schweden bis zum Jahre 1613 feiert, und außerdem kann man über Wallenstein und Gustav Adolf geistiger Meinung sein. Es ist nicht notwendig, daß die Feiern mit dem Rade eines Generalkommandanten und des Bürgermeisters auf den Berliner Sender übertragen wird. Es gibt wichtigere Dinge auf der Welt. Der „bunte Abend“ ist seit längerer Zeit zum ersten Male wieder erträglich, kann in seiner Programmgestaltung beinahe als gut bezeichnet werden. Man hört heitere Regalationen, Bandionenvorträge, Cello- und Klarinetten, dazwischen auch noch Jäger, und die Darbietungen verlieren sich nicht einmal im Ritsch. Das allein bedeutet bei diesen Veranstaltungen schon ein Plus. Otto Ura! spielt meisterhaft auf dem Cello, und Hedwig Kaufmann-Francillo ist heute noch, wenn auch die Höhe nicht mehr mit der früheren Virtuosität behandelt wird, eine Künstlerin von hoher Gesangskultur. — Als einen erfreulichen Fortschritt im Sinne der programmatischen Wünsche der Arbeiter-Kadler darf man wohl die Tatsache registrieren, daß über den bevorstehenden Brüsseler Kongreß der Sozialistischen Internationalen im Berliner Rundfunk gesprochen wird. Genosse Victor Schiff behandelt in einem ersten Vortrag das Wesen und die Geschichte der Internationalen. Er tritt zunächst in wirklicher Weise dem Irrtum entgegen, daß „international“ gleichbedeutend sei mit „national“. Sodann gibt er in großen Zügen einen geschichtlichen Überblick über die Entwicklung der Internationalen von ihrem Londoner Gründungskongreß im Jahre 1864 bis zur Gegenwart.



Heißblütig wie der wilde kurdische Krieger ist der Tabak seiner Heimat. Eine vollkommene Tabakmischung verlangt deshalb auch ein kleines Quantum der lebhaft anregenden Tabake aus Samsoun.

Kurde
aus
Samsoun



REEMTSMA

CIGARETTEN

OVA

im **Araberformat**

5 Pf.



Der misratene Sohn.

Von Wsewolod Iwanow.

(Aus dem Russischen übertragen von Hans Ruoff.)
(Schluß.)

Doch war er noch wie vor vergnügt und mußte, daß das Glück mittlerweile ist und Reschadi nie ganz verlassen würde, und in der Tat ließ es ihn nicht im Stich. — Wieder trillernten Maschinengewehre in den Bergen, und wieder wurde die Stadt von Soldaten besetzt. Auf dem Meere herrschte Sturm, und die Wellen umspülten die Burgen der Zypressen am Ufer, unter denen Reschadi sich aus Langeweile jähle er die Wellen, und als er ihrer dreißigtausend gezählt hatte, trat ein zertumelter Mann auf ihn zu und sagte mit gerührter Stimme:

„Vater, erkennst du mich wieder?“

Reschadi blickte ihn stolz an und erwiderte:

„Ich glaube, ich erkenne dich! Hat dir denn der sterbende General gesagt, wer dein Vater ist?“

„Ja, er nannte mir meinen wahren Vater und starb. Ich deckte ihn mit der Regimentsfahne zu, verkaufte sein silbernes Zigarettenetui und fuhr zu dir her.“

„Das ist alles sehr schön“, sagte Reschadi zu seinem Sohn und umarmt ihn innig mit der ihm eigenen Würde. „Aber mein Beruf ist jetzt ebensowenig einträglicher wie der Beruf eines Generals. Ich bin alt geworden, siehe am Meer und sehe den badenden Frauen zu, ohne die geringste Lust zu verspüren, mit ihnen in die Berge zu gehen.“

Darauf erzählte er dem Sohn von den alten Zeiten, zeigte ihm alle Bergpfade, zeigte ihm auch den Felsen, bis zu dem die Generalsgattin nie gekommen war, und so wurde sein Sohn Bergführer.

Jetzt führte Reschadis Sohn die Frauen in die Berge, aber obwohl er nur einen schmalen Tschertseffentrod und eine schneeweiße Pelzmütze trug, so hatten doch die Frauen, wenn sie aus den Bergen zurückkehrten, die gleichen hungrigen Augen wie vorher. Wohl sprach der vergnügte und weiße Reschadi zu seinem Sohn von den Stürmen seiner Jugend, wohl erwiderte ihm dieser: „Schon gut!“, und doch vermochte er nichts Gutes in den Augen der Frauen zu finden. Da tat er folgendes. Als der Sohn eines Tages wieder die nach sanfter Unordnung lebende Menschheit in die Berge führte, schritt Reschadi neben ihm her auf Pfaden, die jedermann außer seinen, Reschadis, stolzen und heiteren Augen verborgen geblieben waren. Da sah er, daß sein unwürdiger Sohn es nicht nur unterließ den Frauen die Steigbügel zu halten und ihre Beine zart zu berühren, sondern selbst weit vorneweg ging, als suchte er erst recht den Weg, und zudem sich mit ihnen nur über Krieg und Kriegskoten unterhielt. Wozu mit einer Frau von Krieg sprechen, wenn ringsum Felsen, waldumfäumte Matten und ein Gras so grün wie sonst nirgends in Rußland sind? Und da erfüllte der alte Stolz Reschadis Seele, und er begann große Felsblöcke auf die Wege hinzuwerfen, daß sie dort unten meinten, es käme Steinschlag oder Gewitter. Reschadis Sohn richtete sich hoch auf, bereit, das ihm auferlegte fremde Verbot vor Steinschlag und Gewitter zu schützen, und seine Gangart wurde die eines Generals, der ein Regiment führt. „Du Teufel!“ sagte sich da Reschadi und ging langsam ins Tal hinab.

Am Abend lagte der Sohn Reschadis zu seinem Vater:

„In den Bergen hat schon der Sturm begonnen, Steine stürzen auf unsern Weg herab, und ich befürchte, es könnte jemand erschlagen werden.“

„Du Teufel!“ sagte Reschadi zu ihm. „Diese Steine schmeckere der Krater meines Jornes. Glaubst du denn, diese Frauen brauchen deinen Schutz? Eine jede von ihnen würde dich besser schützen als ein Regiment deiner davongekauften Soldaten. Du meinst, sie brauchen deine Bergpfade? Eine jede von ihnen kennt besser als du alle Pfade und dazu in ganz anderen Bergen, als es diese hier sind.“

„Nenne ich etwa meine Pfade schlecht?“ erwiderte der Sohn.

„Beruhe ich mich etwa schlecht darauf, andere zu beschützen?“

„Du bist ein dreifacher Teufel“, sagte wiederum Reschadi, „erstens und zweitens, weil du das nicht verstehst, was ich dir sagte, und drittens, weil dein Leib nicht ein stürmliches Meer ist, sondern ein Sumpf, auf dem sich nicht bauen läßt. So möge denn mein Haus weiter verfallen, ich selbst will am Ufer des Meeres sitzen und nur den Badenden zusehen. — doch soll nicht Schmach über mein Haupt kommen. Ich meine, du seiest wahrhaftig ein Sohn Reschadis, in Wirklichkeit aber bist du ein Generalssohn. Du siehst hier vor dir die Landstraße, sie führt nach Rußland oder noch weiter; geh diese statte Straße immer geradeaus, sonst könnte ein Stein auf einen Bergpfad niederfallen und deinen Kopf treffen... Ich habe dir keine Peitschenschläge verziehen, aber ich kann es nicht verzeihen, wenn ein Sohn Reschadis neben einer Frau schlapp ist wie eine Peitschenhand oder ein noch schmachvollerer Ding. Geh!“

Und sein Sohn ging die staubige gerade Landstraße, seine Schritte waren langsamer als die eines Züglers, und jeder stunde wurde ihm verspottet und auf seine Spuren spudten. Reschadi stieß ihm nach, er tat ihm leid, aber mit auf der breiten Brust gezeichneten Armen sah er die Berge an, die ebenso unbegreiflich und tolg waren wie er selbst.

Das war das Ende der Geschichte von dem vergnügten Bergführer Reschadi Foru Abas.

Der Wächter der Quelle.

Von D. Luschnat.

Im nördlichen Eigebiet gibt es eine heiße Quelle, die wild aus einem Felsen hervordampft. Ein alter Eskimo hat sich dort ansiedelt. Er lebt von den Gaben der Besucher.

Jemand fragte ihn einmal, warum er nicht nach Süden ziehe, er müsse doch reich sein. Er sei nicht reich, meinte der Alte, und er müsse auch bis an sein Lebensende hierbleiben. Das war dem anderen unbegreiflich. Er wollte ihn überreden, mitzukommen. Der Alte schüttelte und stand auf. Er nahm ein Gefäß, schöpfte von der Quelle und stellte es in die Sonne.

„Schau her“, begann er, „es gibt sanfte Menschen und wilde Menschen. Das Wasser in diesem Gefäß ist ganz still und wird immer kühler. Es friert aber nicht. Es bleibt Wasser. So ist der sanfte Mensch. Die Lichtegel dort oben ist der Allesmensch. Der ruft die Seele des sanften Menschen. Die Seele folgt ihm und steigt aus dem Gefäß des Körpers empor. Wenn das Gefäß leer ist, sagt man, der Mensch ist tot. Das ist aber nicht so. Die Seele des sanften Menschen ist nur dünn geworden wie Luft. Deshalb kann

Das Reiseetui.

Eine Betrachtung von N. Hennig.

Das bestgehefte Wesen — dein und mein Gegenüber, natürlich auf dem Eschig am Fenster, während der D-Zug seine tausende Melodie spielt, über Brüden rost und hinter Bergen versinkt. Wer dieses Gegenüber in Wirklichkeit ist, weißt du nicht und wirst es meistens auch nicht erfahren. Es sitzt jedenfalls da mit Wahnreden um die Mundwinkel, riecht nach allen Wässern und Kosmetikas, denen sich „der Herr“ programmäßig zu bedienen hat. Die Zähne, die er gelegentlich beim Gähnen zur Schau stellt, empfehlen Chlorodont, Dhol oder Propylactin-Zahnbürsten. Die großen Hände sind wildlederbehandelt. Er liest im „Auto“ oder in der „Illustrierten“. Dann und wann durchforscht sein beherrschender Strategenblick das Abteil, den Wagen, und jeden Neueinsteigenden, funkt er an wie ein in seinen heiligsten Rechten gekränkter Edelmann, dem man das Unerhörte zumutet, mit anderen Kreaturen in einem Wagen fahren zu müssen, die selbstverständlich Böbel sind, ganz gemeiner Böbel.

Der Zug fährt. Er erhebt sich und nimmt den Hut vom Festschädel, auf dem die siebenunddreißig Haare so sorgfältig gekämmt und geordnet sind, als wären sie nummeriert. Jetzt betoriert er sich mit einer schwarzweiß korrierten seidenen Reisemütze.

Dann überlegt er eine Weile. Wichtige Dinge scheinbar. Steht auf und langt nach seinen geradezu verwegenen eleganten Koffer im Gepäckreg.

Jetzt liegt der Koffer auf seinem Sitz. Die Anstrengung des Herunterlangens hat sein rundliches Biomalgegesicht leicht rosig gefärbt. Jetzt wird der Koffer aus seiner eleganten Verpackung herausgeholt, und zwar mit einer Sorgfalt, als gälte es einen Säugling liebevoll und vorsichtig aus seinen Bindeln zu befreien.

Aus der Hofentasche nimmt er ein Schlüsselbund, daß an einer silbernen Kette innerhalb der Hofentasche befestigt ist. Vorsicht ist die Mutter der Weisheit! Er klappert mit den Schlüsseln und schließt Schlüssel auf. Dann begreift gar nicht, wie ein Handkoffer so viele Schlösser haben kann. Er entnimmt dem Koffer ein rolledernes Etui und diesem ein lawendelduftendes (Paradies od englisch Lavender) Riefentäschentuch — und — schnäuzt sich, so nachdrücklich und ausbelebend, wie es eben einem Prominenten zutkommt. Legt das Etui wieder hinein. Wühlt weiter. Entwirrt rascheln Papierblätter. Legt sie heraus. Schließt den Koffer. Verschließt jedes der X-Schlösser. Knüpft den Leberzug zu. Stellt den Koffer wieder ins Reg. Setzt sich. Die klirpernden Schlösser verschwinden in den Tiefen der Hofentasche. Jetzt kommen die Papierblätter an die Reihe. Er öffnet die eine, entnimmt ein Paket. Steht auf. Öffnet das Fenster, wirft die Tüte hinaus. Schließt das Fenster. Setzt sich. Packt das Paket aus. Reden ihm türmt sich ein kleiner Berg von Pergamentpapieren auf. Endlich die Schinkenstücke, pardon das Schinkenbrot! Energisches Rinnbodengehächse. Unwillig betrachtet er den Pergamentpapierhaufen, verdrückt aber erst noch ein Brot mit Schmelzertase. Er erhebt sich, öffnet wieder das Fenster und

raus mit allem Papier. Kramt in seiner Paletotsche. Fördert eine Orange zutage. Ist, so daß der edle Saft über sämtliche zehn Wurfinger tropft. Erhebt sich. Öffnet das Fenster, wirft die Schalen hinaus. Kramt dann neuerlich im Koffer, entnimmt ihm ein Handtuch und ein Etui, diesmal ohne Schloß, stößt sich durch die Knie der Mitreisenden hindurch — freie Bahn dem Tüchtigen... Krach, die Schiebetur wird mit einer kraftvollen Geste aufgezerrt.

Hinaus auf den Gang, bewaffnet mit Handtuch und Seifenetui. Daß hier auch so viele Leute rumstehen müssen. Diese dummen Bengels in ihren Sportanzügen kommen sich so wichtig vor, und der Mensch da mit seinem genialen Schlapphut und schädigen Regenmantel, auch so'n Caféhausliterat und die blonde Frau da mit ihrem plärrenden Balg auf den Armen — Ogottogottogottogott. — Mit seinem sich spitz vorwölbenden Bauche schiebt er sich wie ein Eisbrecher durch den Gang, die umberstehenden Mitpassagiere schubsend und auf die Füße tretend. Dann kommt er wieder in sein Abteil geschwankt, während die Verlocken an der sehr massiven Kette, die auf seinem Womst baumelt, lustig klumpert. Krochend läßt er sich auf seinem Sitz nieder und da denkt: na endlich, jetzt kommt er wohl zur Ruhe. Denkt ja gar nicht daran. Seine Geduld scheint erschöpft, aber dein Reisegegenüber ist noch lange nicht fertig mit seinen wichtigen Berrichtungen, hat auch noch längst nicht alles demonstriert, was er besitzt. Er hat ja so viel bei sich — das muß er alles zeigen. Wieder einmal kramt er irgendwo, erwirbt ein Etui, diesmal ohne Schlüssel. Er entnimmt ihm eine dicke Zigarre, macht Gebrauch von einem silbernen (das ist sehr wichtig) an der Uhrrente baumelnden Zigarrenabschneider. Dann kommt ein neues Etui zum Vorschein, das in der Westentasche verwahrt ist. In diesem Sammelkoffer ruht eine Bernsteinzigarrenspitze, die muß raus. Das Etui wird zugeklappt und in die Westentasche verpackt. Die Zigarre wird in den Mund praffiziert. Vorher kommt noch ein Taschentuch zum Vorschein, ein flaches, silbernes, für Taschenzündhölzer. Man qualmt wie ein Schlot. Und nun, in drei Leufers Namen, du Bestie, du Ekel, du Reiseungeheuer! Wider steht er auf. Nochmal muß der Koffer herunter. Die Pantoffel — die Reisepantoffel aus rotem Suchenleder (an Etui natürlich), ja, die fehlen noch.

Die Zigarre ist ausgeraucht. Jahn neue Zeitungen sind in die Ecke gequert, nachdem er sie mürrisch durchstoggen hat. Er räuspert sich prominent, sucht von neuem in irgendwelchen unergründlichen Taschen und fördert eine handliche rechtgedige kleine Packung zutage — Biöl, was ist eine Reise ohne Pfefferminz? Dann werden Reiseprospekte und Babeler gemischt. Du schließt gottergeben die Augen, nimmst Abwehrstellung ein, willst nichts mehr sehen, hören und riechen und überlegst, ob du nicht bei der nächsten Station ein anderes Coupé aufsuchen sollst, während das Reiseetui unverdrossen weiter packt, kramt, raschelt, klumpert, sich räuspert, weil es nicht weiß, was es mit sich und seinen Siebensachen eigentlich anfassen soll — im anderen Abteil wird aber ein anderes schauderregendes Gegenüber sitzen. Nur du — du selbst, bist es natürlich nie.

man sie nicht mehr sehen. Sie ist oder lebendig. Sie ist nur näher an den Allesmenschen herangekrochen, um ein wenig Licht zu trinken. Das ist es. — Ich bin ein sanfter Mensch. Du bist ein wilder Mensch. Du kommst aus der Erde wie die Quelle. Und wie diese Quelle dampft deine Seele und macht viel Geräusch. Warum das so ist, kann ich nicht sagen. Das mußst du selber in Erfahrung bringen. — Rieh hat der Allesmensch gebeten, auf die Quelle zu achten, damit sie nicht allzu schrecklich dampft und allezeit gar das Eis der ganzen Welt in Wasser verwandelt. Deshalb darf ich nicht forsgehen. Für dich wird es vielleicht das Richtige sein, wenn du dir ein stilles Wasser suchst, um es ein wenig in Bewegung zu bringen. So glaube ich. Wüßtest du es genau wissen, müßt du den Allesmenschen fragen.“

Der andere hatte aufmerksam zugehört. Er sagte: „Du bist, was ich nicht bin. Was ich aber bin, weiß ich nicht.“ — „Diese Antwort zeigt, daß du verstanden hast. Jetzt aber müßt du forsgehen. Wenn du angekommen bist, wo du bleiben sollst, wirst du auch wissen, wer du bist.“

(Aus dem Roman „Aberwacht im Gott“, das im Herbst 1928 im Verlag Paul Siegel, Berlin, erscheint.)

Automobilstraßen in Amerika.

Von Charles B. Miller.

In keinem Lande der Welt gibt es prozentual auf den Kopf der Bevölkerung so viele Autos, wie in den Vereinigten Staaten von Nordamerika, und in Kalifornien, dem Einzelstaat, der mit Autos am meisten besetzt ist, kommt auf drei Personen ein Auto. Dort ist das alte Schlagwort: „Jeder Familie ihr eigenes Auto!“ veraltet und ersetzt durch das neue Schlagwort: „Jedem Familienmitglied sein eigenes Auto.“ Nun sind ja nicht überall die Verhältnisse so günstig, wie in Kalifornien, doch in ganz Nordamerika ist das Automobil heute das meist benutzte Verkehrsmittel. Die Konkurrenz, die dadurch den Eisenbahnen entsteht, ist so groß, daß in den letzten Jahren, besonders im Lokalverkehr, bedeutende Einschränkungen im Fahrplan fast aller Linien vorgenommen werden mußten und sogar einige kleine Strecken ihren Betrieb gänzlich einstellen.

Diese Entwicklung des Automobils ist nur verständlich, wenn man das amerikanische Autosystem betrachtet, das ohne Beispiel in der ganzen Welt dasteht. Denn heute, wo der Verkehr in den Großstädten schon so ins Maßlose angeschwollen ist, daß ein schnelles Vorwärtskommen mit dem Auto nicht mehr zu denken ist, dient der Kraftwagen fast ausschließlich dem Ueberlandverkehr. Diesem Bedürfnis kommen nun Staat und Private durch Anlage durchaus nützlichlicher Autostraßen entgegen. Man unterscheidet dabei im wesentlichen zwei Arten von Autostraßen: Speedways und Highways. Die Speedways, zu deutsch: Schnellfahrstraßen, sind Straßen, die ausschließlich dem Autoverkehr dienen. Ähnlich wie die Autos bei Berlin sind sie gegen die Umwelt abgegrenzt, meist durch einen Drahtzaun, und bieten keinerlei Kreuzungen mit Eisenbahnen oder gewöhnlichen Straßen. Die ausschließlichliche Benutzung durch Automobile erlaubt eine sehr große Erigerung der Geschwindigkeit, und deswegen nimmt der Benutzer auch gern die Taxe auf sich, die er beim Eintritt auf den Speedway entrichten muß. Denn diese Autostraßen sind eine sehr kostspielige Sache und werden hauptsächlich von Privaten unterhalten. Solche Speedways haben meist keine allzu große Ausdehnung und befinden sich, ähnlich wie die Autos in Berlin, meist nur in der Nähe großer Städte, wo mit sehr viel Verkehr zu rechnen ist.

Ganz anders gebacht und angelegt sind die Highways, zu deutsch: Großverkehrsstraßen. Man könnte sie noch am besten vergleichen mit unseren Straßen erster Ordnung, wenn sie natürlich auch viel besser angelegt sind, was Unterbau und Streckenführung betrifft. Diese Highways dienen nicht ausschließlich dem Autoverkehr, aber da mindestens 90 Proz. alles Straßenverkehrs in den Vereinigten Staaten Kraftwogenverkehr ist, so sind sie doch so gut wie reine Autostraßen. Man unterscheidet dabei Highways, die angelegt werden von den Einzelstaaten, und solche, die von der Gesamtregierung errichtet und unterhalten werden. Auch Großverkehrsstraßen der Einzelstaaten schließen sich so aneinander an, daß dadurch ein ununterbrochenes Straßennetz entsteht, und heute führt schon eine stattliche Anzahl derartiger Straßen in allen Richtungen durch sämtliche 48 Staaten. Von den Kanadischen Seen bis zum Golf von Mexiko und von einem zum anderen Ozean kann man heute bereits auf mehreren Routen ununterbrochen auf solchen erstklassigen Straßen fahren. Denn alle diese Straßen bestehen aus Beton, der selbst bei nassen Wetter ziemlich hohe Geschwindigkeiten erlaubt.

Im übrigen überwacht die Polizei allerorts die Uebertretung einer bestimmten Geschwindigkeitsgrenze, die meist bei 35 Meilen, also 60 Kilometer, liegt. Die Highways sind ausgezeichnet durch Warnungstafeln und ähnliche Vorrichtungen gesichert, und in einer geradezu bewundernswerten Art ist für jedes Bedürfnis des Automobilisten Vorkehrung getroffen. Alle paar Meilen befindet sich eine Tankstelle und eine Reparaturwerkstatt, und fast ununterbrochen ist die Reite kleiner Restaurants, wo man sich erfrischen kann. An schönen Orten und in der Nähe der großen Städte befinden sich ausgedehnte Campplätze, wo man auch das Auto auf unterbringen kann. All dieser Komfort, der besonders für größere Autoreisen unumgänglich ist, fehlt selbst dann nicht, wenn dortige Highways Hochgebirgsregionen oder Wäldern durchqueren.

Hast alle Highways sind so breit, daß vier und mehr Autos nebeneinander fahren können, und meist ist durch einen Strich in der Mitte eine Grenze gezogen für die Verkehrsmittel in beiden Richtungen. Im vorigen Jahre betrug die Zahl derartiger staatlicher Autostraßen bereits mehr als ein halbes Hundert, und stets werden neue angelegt. Darüber hinaus vorbereitet man die alten Straßen, und sämtliche Highways befinden sich in einem ausgezeichneten Zustand, der für Fahrer und Wagen die Reize zu einer Leichtigkeit macht. Wieder könnten wir hier in Europa in dieser Hinsicht von Amerika lernen, wo wirklich die Straßenverhältnisse mit den technischen Verbesserungen der Verkehrsmittel Schritt halten.

Bomade. Der Ursprung der Bomade ist in Italien zu suchen, wo man nicht nur Apfelwein, sondern auch eine wohlschmeckende Haar- und Hautsalbe hauptsächlich aus dem Fleisch von Karpfen (lat. poma) herstellt. An diese pomata kann aber nur eine sehr gezwungene Erklärung anknüpfen für die Auslagen: das ist mir Bomade — es ist mir gleichgültig, er hat viel Bomade, er ist pomadig — er ist sehr langsam, gemächlich. Die ursprüngliche Form zeigen noch heute die Mundarten: pomate, pomati, und es liegt ein tschechisches Wort zugrunde: po mala — langsam, lachte. Bomade ist seit 1581 im deutschen Schrifttum nachzuweisen, und wurde dann an die im 17. Jahrhundert eingeführte Pomade angelehnt. Dem Tschechischen (tschechisch Böhmischen) verdanken wir auch den Namen, tschechisch holomek = nackter Bettler, Hächer, den Popany, tschechisch vubak = Schredgefall, die Peitsche, tschechisch vič, die die Peitschel verdrängt, die Haubitz, tschechisch houfnice = Steinleuder, durch die Hussitenkriege eingeführt, und den Stegitz, tschechisch stehlec = Nektarint. Auch die Polka ist tschechischer Herkunft. Sie kam um 1835 in Prag auf; tschechisch pulka bedeutet Halbtritt.

C. M. (Deutscher Sprachforscher)

Zur rumänischen Anleihe.

Die Lehre von Bukarest.

Der 20. Juli brachte für Rumänien ein großes Ereignis. Ministerpräsident Brătianu konnte seinem Kabinett mitteilen, daß eine französisch-englisch-amerikanische Finanzgruppe zur Gewährung einer Anleihe von 250 Millionen Dollar bereit sei. Ein Teilbetrag von 80 Millionen Dollar solle im Herbst für die Stabilisierung der rumänischen Währung (1 Goldleu = 1 Goldfranken, 1 Papierleu = etwa 2 Pfennig) aufgelegt werden. Rumänien erhält sofort einen Vorschuß von 20 Millionen Dollar. Am 26. Juli soll das rumänische Parlament die Ermächtigungsgesetze beschließen.

Für die korrupte „liberale“ Regierung Rumäniens, die mit der Kagenischi für den kühnen „König“ Rumänien in Grund und Boden regiert hat und die auf Tod und Leben von der rumänischen Agrarpartei bekämpft wird — wir erinnern an den

Bauernaufbruch mit dem Marsch nach Bukarest

im Frühjahr — bedeutet die Anleihe die Rettung. Sie verdrängt zwar nicht, was diese Rettung Rumänien kostet, welche Staatseinnahmen sie verpfänden mußte und wieviel staatliche Selbständigkeit bei der kommenden Finanzkontrolle preisgegeben wird. Aber auf den greifbaren internationalen Anleiherfolg gestützt, wird sie ihre brutalen Regierungsaktionen fortsetzen können.

Aber auch für die europäische Politik ist der Anleihevertrag Rumäniens vom Juli 1928 von schwerwiegender Bedeutung, und die europäische Arbeiterschaft wird die Augen für alle Dinge offen halten müssen, die im Dunstkreis von Rumänien heute und in der Zukunft geschehen. Die rumänische Regierung hatte Jahrzehntlang versucht, Währung und Finanzen durch

Die Zusammenarbeit mit Deutschland

in Ordnung zu bringen. Die deutschen Großbanken und die deutsche Schwerindustrie hatten während der Herrschaft des Bürgerblocks ihre Finger im Spiele, um unter dem Zeichen der Exportförderung auf dem Rücken des deutschen Steuerzahlers ein gutes Geschäft zu machen. Deutschland sollte Rumänien eine Anleihe von zunächst 200 Millionen Mark gewähren, davon ein sehr großer Teil in schwerindustriellen Lieferungen für die rumänischen Eisenbahnen. Das Deutsche Reich sollte die Entschädigung der deutschen Gläubiger rumänischer Vorkriegsanleihen übernehmen, während Rumänien auf seine Gegenforderungen aus der Befehung Rumäniens durch General Radenscu verzichtete. Diese noch bis in die letzten Wochen vor der französisch-englisch-amerikanischen Anleihe sorgfältigsten Verhandlungen scheiterten, weil das Geschäft selbst vom kapitalistischen Standpunkt aus nicht war und Rumänien inzwischen, da der liberalen Regierung die schwierige innerpolitische Situation immer gefährlicher wurde, die verhältnismäßig geringe deutsche Finanzhilfe nicht mehr genügte.

So ging die Führung der finanziellen „Rettung“ Rumäniens an Frankreich und England über. Rumänien schloß mit Frankreich im März und im Mai 1928 zwei Finanzverträge, durch die die rumänischen Kriegsschulden an Frankreich von rund einer halben Milliarde Goldfranken und die Vorkriegsanleihebesulden an französische Gläubiger anerkannt und deren planmäßige Tilgung festgelegt wurde. Frankreich versprach dafür die Vermittlung einer 60-Millionen-Dollar-Anleihe, und die Bank von Frankreich hat sofort nach der Stabilisierung der französischen Währung durch direkte Verhandlungen ihres Gouverneurs in Bukarest das Geschäft zu Ende zu führen gesucht. Deutschland sollte daran beteiligt werden. Herr Morozou, der Vertreter der Bank von Frankreich, erschien in Berlin zum Besuch bei der deutschen Reichsbank; aber die deutsche Beteiligung unterblieb dennoch, weil

Rumänien seine klare Rückzahlungspflicht gegenüber deutschen Anleihegläubigern in voller Goldvaluta anzuerkennen sich weigerte. So kam es schließlich ohne die Beteiligung Deutschlands zu dem französisch-englisch-amerikanischen Anleiheabkommen, bei dem die Vereinigten Staaten finanziell, Frankreich und England aber politisch führen.

In der politischen Kehreseite

Des äußerlich ziemlich harmlos und wegen der Stabilisierung der rumänischen Währung sogar verdienstlich erscheinenden Bukarester Anleihevertrags liegen denn auch die Gefahren, die das arbeitende Volk Europas im Auge behalten muß. Es ist eigentlich die alte Entente unter Ausschluß Deutschlands, die mit einer führenden Machi der Kleinen Entente dieses Finanzgeschäft abgeschlossen hat. Rumänien bekommt mit insgesamt über 1 Milliarde Mark eine unerwartet große Summe; die Anleihe ist wahrscheinlich deshalb so hoch, weil sie die Rückzahlung der deutschen und englischen — neben den französischen — Vorkriegsanleiheforderungen mit ins Auge faßt, denn die Anleihezeichnung wäre gefährdet, wenn die Sicherheit der Anleihe durch spätere neue Schuldverträge belastet würde. Rumänien hat sich aber praktisch zweifellos weitgehend seiner Entschuldigensfreiheit gegenüber Frankreich und England entäußert, die schon in dem für die Schiedsgerichtsidee des Völkerbundes so blamabel ausgegangenen Entschuldigensstreit zwischen Ungarn und Rumänien durch die Verweigerung des von Ungarn verlangten Schiedsgerichts bewiesen haben, daß sie über Rumänien besondere Interessen verfolgen. Natürlich kann man hier nur von Möglichkeiten, nicht von Tatsachen sprechen.

Frankreichs empfindlichster Gegner ist gegenwärtig Italien. Italien hält wegen Frankreich mit England gute Freundschaft. Mit Rumänien, dessen „liberale“ Regierung auch mit Mussolini tofotierie, hielt sich Italien auf gutem Fuße. Jetzt hat Frankreich durch die Finanzkontrolle in Bukarest großen Einfluß, kann Rumänien endgültig von Italien abdrängen und die „Kleine Entente“, das Machtinstrument Frankreichs in Zentraluropa, verstärken. Kommt die durch die

Schüsse in der Belgrader Stupschina

verzögerte internationale Serbenanleihe auch zustande, dann kommt auch Serbien unter Finanzkontrolle. Wie ernst es Frankreich mit seinen Balkaninteressen ist, beweist der dramatische Zwischenfall vom 11. Juli in der französischen Kammer. Der Abgeordnete Bergery enthielt die politischen Gefahren der Rumänianleihe, und Poincaré konnte sich nur mit persönlichen Demunziationen des Angreifers und mit der Aufforderung zu einem Duell aus der Affäre ziehen.

Auf der anderen Seite möchte England die rumänische Finanzkontrolle gegen Sowjetrußland ausspielen. Rumänien steht mit Rußland wegen der besorglichen Frage auf gespanntem Fuß und könnte die englische Rückenbedeckung für seine langgestreckte Ruhmgrenze ebenso begrüßen, wie England den Einfluß auf die rumänische Politik, den es durch die Finanzkontrolle jetzt erhält.

So können am Balkan im Zusammenhang mit der Rumänianleihe wieder politische Wetterwolken aufsteigen. Schärfe Aufmerksamkeit der europäischen Arbeiterparteien wird notwendig. Leider auch gegenüber dem Völkerbund. Aus einem Instrument des Friedens, als das er gedacht wird, wird er noch leichter als bisher zu einem Instrument einseitiger Machtinteressen seiner militärisch führenden Mächte. In der Erkenntnis dieser Gefahr liegt die Lehre von Bukarest.

Englische Regierung gegen Eisenzoll.

Die englische Regierung hat beschlossen, die Erhebung von Industriezöllen für die Eisen- und Stahlindustrie während der Dauer des gegenwärtigen Parlaments nicht zu erörtern. Diese wichtige Entscheidung wurde beim Empfang von Vertretern der Eisen- und Stahlindustrie durch den Ministerpräsidenten Baldwin bekannt. Die Vertreter hatten die Erhebung eines Komplexes gefordert, das eine neue Prüfung des englischen Industriezollgesetzes im Interesse der Eisen- und Stahlindustrie vornehmen soll.

Recklinghausen verkauft Werktaktien.

Eine wichtige Lehre.

Aus Recklinghausen kommt eine Mitteilung, auf die die deutsche Öffentlichkeit achten muß. Nach dieser Mitteilung verkauft die Stadt Recklinghausen sämtliche 3,4 Millionen Mark Aktien der von ihr allein beherrschten Gas- und Elektrizitätswerke kommunal A.G. an die Vereinigten Elektrizitätswerke Westfalen, die ihrerseits die Recklinghauser Gas- und Elektrizitätswerke mit ihren eigenen Anlagen fusioniert. Dabei wird die von den Recklinghauser Werken aufgenommene Amerikanerleihe von 1,5 Millionen Dollar von den VEW übernommen. Durch den 7 Millionen Mark betragenden Erlös aus dem Aktienverkauf ist die Stadt Recklinghausen in der Lage, hochverzinsliche städtische Anleihe-schulden herabzumindern. Da die VEW weiterhin die Stadt Recklinghausen mit Gas und Kraft versorgen wird, erhält Recklinghausen eine Konzessionsabgabe von 10 Proz. auf den Kleinverbrauch und von 2 Proz. auf den Großverbrauch. Das der Tatbestand.

Man handelt es sich bei diesem Verkauf nicht um eine Veräußerung kommunalen Aktien- und Werksbesitzes an das Privatkapital, denn die Vereinigten Elektrizitätswerke Westfalen werden von der Provinz, westfälischen Städten und Kommunalverbänden beherrscht. Öffentliches Besitz wechselt also nur die Hand, wenn dabei auch zu beachten ist, daß bei derartigen provinziell-kommunalen Gesellschaften wie dem VEW, der privatwirtschaftliche Einfluß in der Regel größer ist als bei rein kommunalen Werken. Es kann auch möglich sein, daß die Zusammenfassung der Recklinghauser Werke in Betriebseinheit mit den Werken der VEW rationalisiert. Wir können das von hier aus nicht beurteilen.

Aber der Fall Recklinghausen, wo eine Stadt mitten im schwerindustriellen Ruhrgebiet zur Erleichterung ihrer Finanzlast hochwertige Aktienpakete rein kommunaler Werke ein für allemal veräußert, und damit die Versorgung ihrer Bevölkerung weitgehend außerhalb ihrer Kontrolle stellt, scheint uns doch typisch für eine Situation, die die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit im höchsten Maße fesseln sollte. Im vorigen Jahre hat Reichsbankpräsident Schacht — trotz des erfolgten Dementis

halten wir an unseren damaligen Freistellungen fest — in einer Zusammenkunft mit Vertretern der Schwerindustrie und der Elektrizitätswirtschaft in Leuna sich unmißverständlich dahin geäußert, daß es mit der Ausdehnung der öffentlichen Wirtschaft ein Ende haben müsse. Das schwerindustrielle Kapital hat diese unmißverständliche Äußerung nicht so aufgefaßt, daß die seitdem scharf durchgeführte Kreditreform der Kommunen, die zu einer hochverzinslichen kurz- und langfristigen Verschuldung auf dem inländischen Kapitalmarkt geführt hat, kurz über lang einen großen Teil der öffentlichen Werke als reife Frucht in seine Hand fallen lassen wird. Wir wissen, daß besonders in der elektrotechnischen Schwerindustrie das Bewußtsein sehr lebendig ist, die Holdinggesellschaften besonders großen Elektrizitätskonzerne bald durch hochrentable Aktienpakete von zwangsweise veräußerten öffentlichen Werken bereichert zu sehen. Kein Zweifel darüber ist, daß sehr vielen Kommunen heute das Wasser schon hoch am Halse steht, und zwar durch das Zusammenstreifen einer städtischen Finanz- und der schachtlichen Kreditreformspolitik, und daß die Finanznot manche Kommune zu der Erwägung treibt, ob man nicht daraus Konsequenzen ziehen soll, wie es jetzt Recklinghausen getan hat.

Wir wollen hierbei nicht dem Reichsbankpräsidenten unterstellen, daß er die Städte in Finanzverlegenheiten gebracht hat, damit diese gezwungen werden, von sich aus die öffentliche Wirtschaft zugunsten privater Interessenten abzubauen. Wenn wir dem Reichsbankpräsidenten auch diese Absicht nicht zu unterstellen brauchen, so handelt es sich doch um einseitig durch seine Politik herbeigeführte Wirkungen. Wir halten es aber für absolut unmöglich, daß die Städte angesichts der von ihnen nicht verschuldeten Notlage, gegen das Interesse der von ihnen betrauten Bevölkerung irgendwo und irgendwo nur aus Gründen einer unerschuldeten Finanznot die Herrschaft über öffentliche Versorgungsbetriebe preisgeben. Hier handelt es sich um Tropfen, bei denen die ganze Öffentlichkeit für die Städte Partei zu nehmen hat und wo die Städte gegenüber der Gesamtwirtschaft und der städtischen Bevölkerung ihre Pflicht verleben würden, wenn sie nicht unter Anrufung der öffentlichen Meinung Notverkäufe öffentlicher Werke um jeden Preis zu verhindern suchen würden.

Vom englischen Luftverkehr.

Die Neuregelung der Staatssubventionen.

Daß die „Deutsche Luftbank“ fast 80 Proz. ihrer Gesamtkosten aus öffentlichen Zuschüssen befreit, darauf haben wir wir hingewiesen. Aber es gibt noch fast kein Luftverkehrsunternehmen, das nicht mit hohen öffentlichen Subventionen arbeitet. Das englische System ist interessant, weil es bisher auf 10 Jahre mit sinkenden Zuschüssen abgestellt war und die Verwendung der Jahresraten zwar der Luftgesellschaft „Imperial Airways Ltd.“ — überläßt,

aber bestimmte Aufgaben dabei stellt. Am 1. April 1929 tritt ein neues Abkommen in Kraft für neue zehn Jahre, nachdem das bisherige zehnjährige Abkommen von 1924 dann fünf Jahre in Kraft war. Das neue Abkommen erweitert ja die Subventionsperiode praktisch auf 15 Jahre.

Die Höchstsubventionen sind jetzt nach folgender absteigender Skala für die Luftverkehrsdienste festgesetzt:

für jedes der zwei ersten Jahre	
Jahre	Pfd. Sterl. 335 000 = M. 6 825 290
für jedes der nächsten	
4 Jahre	310 000 = „ 6 315 940
für das 7. Jahr	220 000 = „ 4 482 280
„ 8. „	170 000 = „ 3 463 580
„ 9. „	120 000 = „ 2 444 880
„ 10. (Schluß-) Jahr	70 000 = „ 1 426 180

Der Höchstbetrag für jedes Jahr wird in einem bestimmten Verhältnis 1. für den Europadienst, 2. die England-Ägypten-Route, 3. den Ägypten-Indiendienst festgesetzt.

Zur Sicherung eines ständigen Fortschrittes in der Konstruktion, besonders auch um ein sinkendes Verhältnis zwischen Subvention und Betriebskosten zu erzielen, verlangt die Skala der Subsidien einen Ertrag veralteter Typen von nicht weniger als 25 Proz. pro Jahr, ohne die besonderen Fälle, die den Staatssekretär zu anderwärtigen Bestimmungen veranlassen könnten.

Auf diese Weise sind zwei vollständige Ersatzgarnituren von Verkehrsflugzeugtypen während der Dauer des 10-jährigen Abkommens vorgesehen. Am Schluß dieser Periode, in der eine beträchtliche Zunahme der Beförderung erwartet wird, hofft man, eine sich voll bezahlt machende Maschinen-Typen entwickelt zu haben, so daß Subsidien nicht mehr von Staatswegen nötig sind.

Nach dem bestehenden Abkommen war ein Drittel der Ueberschüsse der Gesellschaft aus dem eingezahlten Kapital nach Abzug einer Dividende von 10 Proz. zu Rückzahlung an die Subsidien zu verwenden, welche die Gesellschaft nach dem Abkommen vom 15. Mai 1924 erhalten hat. In dem neuen Abkommen ist diese Bestimmung gestrichen. An Stelle dessen erhält die Regierung ein Vos von Vorzugsanteilen, welche an die jährlichen Ueberschüsse und Dividenden größere Rechte haben als die gewöhnlichen Anteile, auch mit besonderen Vorrechten an das Vermögen im Falle freiwilliger Liquidation der Imperial Airways ausgeübt sind.

Das Recht der Staatsregierung, zwei Direktoren in den Verwaltungsrat der Gesellschaft abzuordnen, wird beibehalten.

Ruhr und englische Kohlensubvention.

Im ersten Halbjahr 1928 ging der deutsche Kohlenexport scharf zurück.

Nach einer Mitteilung aus dem Ruhrgebiet wartet der rheinisch-westfälische Kohlenbergbau mit großer Spannung auf genauere Mitteilungen Churchills im englischen Unterhaus über die neuen Staatssubventionen für den englischen Kohlenbergbau. Bemerkenswert ist die Äußerung, daß man keinesfalls daran denke, die englischen Fehler nachzuahmen, obwohl man sich klar darüber ist, daß der Kampf um die umstrittenen Gebiete ausgetragen werden müsse. Als wichtiges Mittel sei vielleicht vom Standpunkt des deutschen Kohlenbergbaues eine Neuregelung der deutschen Küstentarife zu erwägen, während man von dem Ausbau des Hafensystems, der 300 Millionen Mark koste und noch zehn Jahre dauere, keine Hilfe erwarte. Man glaubt an der Ruhr, daß es den Engländern hauptsächlich darum zu tun sei, sich auf einige Jahre in den umstrittenen Gebieten des Weltmarktes einen starken Absatz zu sichern, um bei eventuellen internationalen Verständigungs-Verhandlungen eine gute Karte zu erzielen.

Der deutsche Kohlenexport ist im ersten Halbjahr 1928 erheblich zurückgegangen. Die Steinkohlenausfuhr ist seit März, wo der Rückgang am sichtbarsten wurde, von 2,25 auf 1,42 Millionen Tonnen im Juni gesunken. Einschließlich Braunkohle, Koks und Briketts entspricht das einem Wertrückgang von 66,8 Millionen Mark im März auf 47 Millionen Mark im Juni. Im Vergleich zum ersten halben Jahr 1927 ist der Steinkohlenexport von 14,00 auf 11,96 Millionen Tonnen gesunken. Die Steinkohleneinfuhr ist in der gleichen Zeit von 2,43 auf 3,15 Millionen Tonnen gestiegen. Koks, Braunkohle und Briketts eingerechnet, ergibt sich eine Verringerung des Ausfuhrwertes von 469,6 auf 368,1 und eine Steigerung des Einfuhrwertes von 67,6 auf 83,0 Millionen. Die Mengen- und Wertveränderungen gehen in der Hauptsache auf Kosten der verästelten Steinkohlenhandelsabläufe über die Grenzen.

Rationalisierung in der Landwirtschaft.

Butter- und Eierstandardisierung.

Wir berichteten kürzlich über die Absichten, die nach dem großen Erfolg in Schleswig-Holstein für die Standardisierung der Butter auch in Westfalen, Mecklenburg und Süddeutschland bestehen. Die Standardisierung der Butter, d. h. die Einführung von Buttermarken, die die gleichmäßige und dauernde gute Qualität der Butter garantieren, wird in neuen Gebieten allerdings verhältnismäßig lange Zeit in Anspruch nehmen. Die Buttermarken wird erst dann gewährt, wenn die angelieferte Butter ein Jahr lang täglich auf Fett- und Wassergehalt untersucht worden ist.

Auch die Pläne zur Standardisierung deutscher Eier sehen ihre Durchführung entgegen. Die Grundlagen zur Schaffung von Eierverwertungsgenossenschaften sind ausgearbeitet, die Geschäftsbetriebe der Genossenschaften, an denen die drei deutschen Genossenschaftsverbände beteiligt sind, soll bald aufgenommen werden. Den Unterbau der Eierverwertungsgenossenschaften der Provinzen bilden die Distriktsvereinigungen zur Aufnahme und zum Absatz der Eier. Für die Standardisierung der deutschen Eier ist die Gründung der Verwertungsgenossenschaften eine Vorstufe. Nach einer Mitteilung des „Industrieleiters“ liegt der Stempel der deutschen Landwirtschaftsminister „Deutsches Frisch-Ei“ dem Patentamt noch zur Genehmigung vor.

Neue Ausdehnung des deutschen Einleumtrucks. Wie gemeinde wird, hat die Deutsche Einleumtrucks A.G. die finanzielle Herrschaft über die Koppappenfabrik in Worms — Kapital 0,81 Millionen Mark — erworben. Die Koppappenfabrik A.G. Worms stellt das Rollmaterial für einen neuen Fußbodenbelager, der von den Werken des Deutschen Einleumtrucks erzeugt wird. Dem polizeilich der Konzern einen weiteren vertikalen Ausbau. — Uebrigens sei uns hier die Frage gestattet, ob diese neue Ausdehnung aus laufenden Gewinnen oder aus in Anspruch genommenen Krediten erfolgt ist. Wir haben nämlich vom Deutschen Einleumtrucks, der auf seine Preisermäßigungen besonders stolz ist, bisher noch keine Antwort auf unsere Frage erhalten, ob die von ihm erzielten sehr hohen Gewinne nicht noch bedeutend größere Preisermäßigungen ermöglichen würden, als diejenigen, deren er sich jetzt rühmt.